

Trump oder Harris?

Ein Szenarienprojekt zur Zukunft
deutscher und europäischer Politik

OKTOBER 2024

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Trump oder Harris?	4
Sicherheits- und Verteidigungspolitik	7
Multilateralismus und demokratische Ordnungspolitik	12
Handelspolitik	16
Die Bedeutung der US-Wahlen für die Welt	21
Der Blick aus Brasilien	21
Der Blick aus China	24
Der Blick aus Indien	28
Der Blick aus Mexiko	31
Der Blick aus Südafrika	35

VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser,

Liebe Genossinnen und Genossen,

die anstehende US-Präsidentschaftswahl am 5. November wird nicht nur eine **Richtungsentscheidung** für die Vereinigten Staaten von Amerika, sie wird eine Richtungsentscheidung **für große Teile der Welt**. In Kyiv, Peking, Moskau, Jerusalem oder Brasilia werden alle gespannt verfolgen, ob Donald Trump oder Kamala Harris das Rennen macht. Und auch wir in Berlin und Brüssel werden den Ausgang der Wahl eng begleiten.

Die US-Wahlen werden die transatlantischen Beziehungen verändern. Wie sehr und auch wie radikal, hängt ganz davon ab, wer die Wahl gewinnt. Klar aber ist: **Auf Deutschland und Europa kommt zukünftig mehr Verantwortung zu**. Egal, ob es um die Stärkung der europäischen Säule der Nato, die Unterstützung der Ukraine oder die Stärkung der Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit der europäischen Wirtschaft geht.

Die grundsätzlichen Tendenzen in außen- und sicherheitspolitischen Fragen werden die neue US-Administration in jedem Fall fortschreiben. Sicherheits- und außenpolitisch wird die USA ihren Fokus verstärkt in Richtung Indopazifik ausrichten. Und auch der protektionistische Ansatz in der Wirtschafts- und Handelspolitik wird Bestand haben. Ob das kooperativ oder konfrontativ mit Europa passiert, auch darüber entscheidet die Wahl am 5. November.

Für uns bedeutet das, dass wir uns gut auf beide Szenarien vorbereiten müssen. Als **Kommission Internationale Politik der SPD** haben wir uns vorgenommen, stärker **in Szenarien zu denken**. Die vorliegende Publikation tut genau das. Sie beleuchtet in ausgewählten Handlungsfeldern, was eine mögliche Präsidentschaft Trump II oder eine Präsidentschaft Harris für Deutschland und Europa bedeuten würde. Zudem sind Perspektiven des Globalen Südens Teil dieser Publikation.

Europa ist vor allem dann ein attraktiver und unverzichtbarer Partner für die USA, wenn wir wirtschaftlich und sicherheitspolitisch geschlossen und stark auftreten. Davon ist Europa allerdings gerade weit entfernt und die neue Europäische Kommission macht bisher nicht den Eindruck, europäische Einigkeit zu organisieren. Das erhöht das Risiko, dass ein Präsident Trump zum Spaltpilz für Europa werden könnte, wenn rechtsextreme Regierungen in Ungarn oder Italien Allianzen mit Trump zulasten gesamteuropäischer Interessen eingingen. Die nächste Präsidentschaftswahl in Frankreich im Jahr 2027 könnte dann endgültig zur Gefahr für die Zukunft der Europäischen Union werden. Sie könnte das Ende des Westens, wie wir ihn bisher kannten, einläuten. **Das wichtigste deutsche Interesse muss daher sein, die Einigkeit in Europa sicherzustellen und Initiativen zur Stärkung Europas voranzutreiben.**

Dazu gehört die **Stärkung der europäischen Säule in der Nato** und der Aufbau einer wirksamen Abschreckungskulisse gegenüber dem Aggressor Russland. Harris wird gemeinsam mit den Europäern daran arbeiten, den Übergang zu mehr europäischer Verantwortung zügig voranzutreiben. Eine Präsidentschaft Trumps *könnte* hingegen kurzfristig disruptive Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Europa haben.

Dazu gehört die **wirtschaftliche Stärkung Europas**. Über die letzten sechzehn Jahre hat Europa enorm an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den USA und China eingebüßt. Es braucht eine neue Zukunftsagenda für eine Vertiefung des Binnenmarkts, für europäische Jobs, moderne Infrastruktur, Innovationen und eine klimaneutrale und digitale europäische Industrie. Die Berichte von Draghi und Letta bieten dafür wichtige Anknüpfungspunkte. Ein wirtschaftlich

starkes und politisch geeintes Europa kann eigene Interessen ganz anders mit den USA verhandeln als ein Europa, das politisch zerstritten und wirtschaftlich auf einem absteigenden Ast ist.

Zu guter Letzt muss Europa **strategische Partnerschaften zur Demokratisierung der multilateralen Institutionen und zum Schutz der regelbasierten internationalen Ordnung** aufbauen. Im besten Fall *mit* einer Präsidentin Kamala Harris. Im schlimmsten Fall, um die Strukturen des Multilateralismus vor einem Präsidenten Trump zu schützen. Die Krisen der letzten Jahre haben deutlich gezeigt, welche Auswirkungen Instabilität, Unsicherheit und Krieg auf Migrationsbewegungen, auf stabile Lieferketten, Handel und Wachstum und damit letztlich auch für unsere eigene Sicherheit und unseren Wohlstand haben. Genauso wie wir Europäerinnen und Europäer haben Staaten in Asien, Lateinamerika und Afrika ein Interesse an globalen Regeln und Institutionen, die sowohl Stabilität und Ordnung sichern als auch eine gerechte Beteiligung ermöglichen. **Diese Bündnisse mit dem Globalen Süden müssen wir stärken.**

Für die deutsche Regierung ist es fundamental, schnell gute Arbeitsbeziehungen zur nächsten US-Regierung aufzubauen und unsere Interessen deutlich zu machen, am besten in enger Abstimmung mit unseren europäischen Partnern. Genauso wichtig wird es sein, schnell gemeinsame transatlantische Interessen ins Gespräch zu bringen und mit konkreten Angeboten zu flankieren, wo Europa künftig bereit ist, mehr Verantwortung zu übernehmen.

Darüber hinaus muss Europa, und allen voran Deutschland, bereit sein, auch kurzfristig deutlich mehr Verantwortung zu übernehmen. Denn es ist gut möglich, dass die neue US-Administration erst einmal in eine Phase der innenpolitischen Konsolidierung oder gar Krise eintritt. Damit könnten die USA erst einmal als wichtiger Bündnispartner auf internationaler Ebene ausfallen, oder nur deutlich eingeschränkter zur Verfügung stehen. Gerade angesichts der sich zuspitzenden Lage in der Ukraine und Nahost gilt es, ein gefährliches Führungs- und Machtvakuum zu verhindern.

Auf Deutschland kommt eine große Führungsaufgabe zu.

Ich wünsche eine gute Lektüre.

Lars Klingbeil

Parteivorsitzender der SPD

TRUMP ODER HARRIS?

Am 5. November 2024 wird der 47. Präsident oder die erste Präsidentin der USA gewählt – der Republikaner Donald Trump, Präsident von 2017 bis 2020, oder die Demokratin Kamala Harris, Vizepräsidentin in der Joe Biden Administration von 2021 bis 2024. Der Ausgang der Wahlen, so Harris auf dem Parteitag der Demokraten in Chicago, könnte so entscheidend sein für Amerika, aber auch für die gesamte Welt, wie noch nie zuvor in der Geschichte der USA. Damit insinuiert sie, dass der Ausgang darüber entscheidet, ob die Welt entweder mit einer zunehmend autoritären und unberechenbaren oder einer demokratischen und verlässlichen USA umzugehen hat.

Denn auf der einen Seite steht ein Kandidat, der laut seiner eigenen Aussagen bereit ist, das demokratische System der USA und die international gepflegten Partnerschaften in seinen Grundfesten zu erschüttern. Auch wenn Trump sich öffentlich immer wieder vom Projekt 2025 der Heritage Foundation distanziert hat, das einen radikalen Staatsumbau zum Ziel hat, so haben doch viele aus seinem Lager an der Formulierung teilgenommen. Außenpolitisch pflegt er einen weitaus entspannteren Umgang mit autoritären Staatsmännern als mit Präsidentinnen und Präsidenten anderer, zumeist demokratischer Staaten.

Auf der anderen Seite steht Kamala Harris, von der vergleichsweise wenig bekannt ist. Zudem wird laut Umfragen ihre Vizepräsidentschaft eher kritisch gesehen. Doch unbestritten ist, dass eine Präsidentin Harris für die demokratischen USA steht, in der freie Wahlen die Grundlage sind, ein Miteinander der so unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen das Ziel ist, genau wie eine Wirtschaft, die nicht allein vom Markt bestimmt wird. Außenpolitisch würden sich die USA, genau wie unter Präsident Biden, als Partner verstehen mit einer Einschränkung – solange es den Sicherheitsprioritäten Washingtons entspricht. Die USA werden auch weiterhin wehrhaft bleiben, wie Harris auf ihrer Parteitagssrede klarstellte. Sie werde sicherstellen, dass „die USA die stärkste und tödlichste Kampfmacht in der Welt“ seien. Dabei ist es kein Widerspruch, wenn ihre außenpolitischen Berater davon schreiben, dass die USA ihre internationalen Ambitionen deutlich verkleinern müssten.

Vor diesem Hintergrund hat sich die Kommission Internationale Politik des SPD-Parteivorstands drei Themen vorgenommen – Handelspolitik, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie Multilateralismus und demokratische Ordnungspolitik, um an ihnen mögliche Unterschiede zwischen einer Trump- oder einer Harris-Präsidentschaft herauszuarbeiten. Zudem wurden die möglichen Auswirkungen der US-Wahlen für Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika analysiert. Davon abgeleitet ergeben sich für die deutsche sozialdemokratische Politik unterschiedliche Prioritäten. Dabei bleibt unumstritten, dass die transatlantischen Beziehungen für Deutschland, für die EU aber auch für die USA in einer globalen Konkurrenz wichtig bleiben.

Dennoch wird das Verhältnis zu beschreiben sein, wie es ein russischer Historiker einst zum Ende der Sowjetunion beschrieben hat: „Alles war für immer, bis es nicht mehr so war.“ Die sehr engen transatlantischen Beziehungen, wie sie unter vielen US-Präsidenten seit dem 2. Weltkrieg bis hin zu Biden verstanden wurden, werden so vermutlich nicht aufrecht gehalten werden können, unabhängig davon, wer die Wahlen im November gewinnen wird. Wenn die Interessen überlappen, dann werden sie gut sein, wenn nicht, dann kann es auch zu harter Konkurrenz kommen. Die Gründe liegen darin, dass die USA sich auf zu vielen Arenen tummeln und sich das kaum noch leisten können. Jede zukünftige Präsidentschaft wird um Reduzierung

bemüht sein und den eigenen Bürgerinnen und Bürgern sehr genau erklären, warum sich die USA außenpolitisch engagieren.

Was die **Handelspolitik** betrifft, so wird eine zunehmend protektionistische Industriepolitik von beiden Parteien gewünscht – von Trump in großem Ausmaß, von Harris vermutlich im bisherigen Rahmen der letzten vier Jahre. Auch in der Handelspolitik gegenüber China unterscheiden sich die beiden Camps nicht diametral – Trump steht mehr für De-Coupling, Harris für mehr De-Risking. Die größten Differenzen bestehen darin, dass die Demokraten zumindest an einer gelenkten Globalisierung festhalten, stabile Partnerschaften präferieren, sich mit Blick auf die Beschäftigten für gerechtere sowie auf Klima- und Umweltschutz basierende Handelsbeziehungen einsetzen wollen. Dazu gehört auch die globale Verantwortung multinationaler Konzerne. All das ist von einer Trump-Regierung nicht zu erwarten, die eine Isolierung als Grundlage sehen, um wirtschaftlich zu prosperieren.

Im Bereich **Multilateralismus und demokratische Ordnungspolitik** stehen die Demokraten auch weiterhin für multilaterale Organisationen wie die Vereinten Nationen. Sie fordern gleichwohl Reformen, um sie den neuen Gegebenheiten anzupassen. Das gilt auch für die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds. Der Antagonismus von Demokratie versus Autokratie, wie ihn die Biden-Administration vorangetrieben hat, könnte unter einer demokratischen Präsidentin Harris in dieser Schärfe gedämpft werden und mehr in Richtung eines Fokus auf die Anerkennung von Menschenrechten und die Anerkennung von Freiheiten umgelenkt werden. Im Falle eines Sieges der Republikaner würde es zu einer Amerika-First-Politik kommen mit wenig Interesse an multilateralen Organisationen. Selbst die EU wäre kein ernstzunehmender Partner der USA, eher ein Konkurrent.

Auch in der für das transatlantische Verhältnis so tonangebenden **Außen- und Sicherheitspolitik** wird es nicht mehr so sein, wie es einmal war. Die USA werden, völlig unabhängig von einem demokratischen oder republikanischen Wahlsieg, von der EU und besonders von Deutschland wesentlich mehr Verantwortung für die Sicherheit Europas abverlangen – sowohl in der Qualität der Führung als auch in einer gerechteren Lastenaufteilung der Finanzierung. Die USA werden sich sehr auf China konzentrieren, auf den Iran und erneut auf den Nahen Osten. Damit wird die NATO europäischer werden müssen, eine Entwicklung, die die Regierung unter Kanzler Olaf Scholz im Jahre 2022 mit der ausgerufenen Zeitenwende antizipiert hat. Die Demokraten werden kooperativ vorgehen. Unter dem republikanischen Präsidenten Trump könnte diese Entwicklung sehr abrupt und ohne Sympathie für Europa eintreten. Es wird ein Freund-Feind-Schema geben, das noch stärker auf ad-hoc-Allianzen bauen wird, die den Interessen der USA entsprechen.

Für die sozialdemokratische USA-Politik wird es in den kommenden Jahren darauf ankommen einen Balanceakt zu vollführen. Zum einen weiterhin in die transatlantischen Beziehungen zu investieren, zum anderen im Rahmen der EU eine Politik zu verfolgen, die ihre Interessen auch mit anderen Partnern voranbringen muss - im Idealfall nicht gegen die der USA. Für Europa ist politische Geschlossenheit und Einigkeit zentral, um einem erratischen Trump entgegenzutreten, aber auch um sich auf den zunehmenden Rückzug Amerikas aus seiner internationalen Führungsrolle unter Harris vorzubereiten. Es kommt auf Deutschland die Aufgabe zu, fortschrittliche Politik in einem zunehmend anti-globalen Umfeld zu gestalten. Die USA unter Kamala Harris wären noch ein Partner, unter Donald Trump nicht.

Welche Politik wünschenswert und durchsetzbar ist, hängt freilich nicht nur vom Ausgang der Präsidentschaftswahlen ab. Denn gleichzeitig stehen 33 der 100 Senatssitze zur Wahl sowie alle 435 Sitze des Repräsentantenhauses. Der Senat wird aktuell von den Demokraten geführt,

allerdings nur mit einer Mehrheit von zwei Sitzen. Diese Mehrheit wird auf einen Sitz fallen, weil der unabhängige Senator Joe Manchin aus West-Virginia, der bis vor Kurzem noch zu den Demokraten gehört hat, im Herbst in den Ruhestand geht und sein Sitz so gut wie sicher an den republikanischen Kandidaten fallen wird.

Um also die Mehrheit zu behalten, müssten die Demokraten jeden anderen zur Wahl stehenden Sitz gewinnen. Im Kampf um die Sitze im Repräsentantenhaus, die alle zeitgleich zur Wahl stehen, und das zurzeit von den Republikanern geführt wird, gibt es 24 Sitze, die aktuell noch gänzlich unentschieden sind. Gegen beide Kammern zu regieren ist möglich, schränkt den Gestaltungsrahmen gleichwohl deutlich ein. Auch in der Außenpolitik würden viele Initiativen schnell an ihre Grenzen stoßen, sollten Präsident und Senatsmehrheit von unterschiedlichen Parteien kommen. Das in der Verfassung verankerte Korrektiv wird zur politischen Blockade. Für eine Trump-Präsidentschaft ein wünschenswerter Effekt, für eine Harris-Präsidentschaft eher nicht. Und damit auch nicht für Deutschland und die EU.

Table Briefing

SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK

Ein abnehmendes Engagement der USA in Europa und ein stärkerer Fokus auf China ist unabhängig von Trump oder Harris zu erwarten. Die Herausforderung einer Arbeitsteilung zwischen den USA und den europäischen Verbündeten bei der Bereitstellung militärischer Fähigkeiten in Europa wird zentral im transatlantischen Verhältnis werden, mit der Perspektive des gänzlichen Verzichts der USA auf konventionelle Teile der Bündnisverteidigung in Europa. Damit rückt die Verantwortungsübernahme dieser Lasten durch die europäischen Alliierten – insbesondere durch Deutschland – in den Mittelpunkt.

Die USA wird besonders in Fragen der (strategischen) Führung in Europa fehlen. Diese Lücke wird am wenigsten einfach zu füllen sein, weil kein europäisches Land eine vergleichbare Akzeptanz in Sicherheitsfragen/Führungsrolle in sicherheitspolitischen Fragen genießt. Der russische Krieg gegen die Ukraine wird aus europäischer Perspektive der wichtigste Konflikt sein, an dem dieses Führungsvakuum sichtbar wird und wo die Differenzen aufbrechen. Ohne die USA könnten die Zentripetalkräfte in Europa zunehmen und der Aufbau eines europäischen Pfeilers in der NATO an nationalen Egoismen scheitern.

1. Prognose: Was erwarten wir im betrachteten Politikfeld von der neuen US-Regierung?

Szenario 1: Administration Harris: Kontinuität mit schrittweiser Verantwortungsübergabe

Eine demokratische Regierung wird die Außenpolitik von Joe Biden in den für Europa zentralen Aspekten wie Unterstützung der Ukraine, gemeinsame Bündnisverteidigung und Einstehen für Artikel 5 fortsetzen.

Diese Kontinuität betrifft auch die Führungsrolle der USA gegen die russische Vollinvasion der Ukraine. Washington würde die (militärische und finanzielle) Hilfe für die Ukraine weiterhin koordinieren, die immaterielle Unterstützung in Form von Intelligence und Zielaufklärung würde auf dem jetzigen Niveau beibehalten. Eine deutlich geringere aber dennoch punktuelle militärische Unterstützung ist denkbar. Die ukrainische Regierung hätte eine zentrale Rolle, wenn Waffenstillstände bzw. Friedensvereinbarungen herbeigeführt werden sollen. Dennoch wird Europa einen deutlich höheren Anteil an der Unterstützung für die Ukraine leisten müssen. Denn die Chancen für weitere finanzielle Hilfspakete aus den USA sind wegen der parlamentarischen Hürden sehr gering.

Handlungsleitend wird dabei sein, dass auch Präsidentin Harris klar auf der Seite der Ukraine steht und den Wert von Allianzen an und für sich anerkennt. Ihre Positionierung für Völkerrecht und internationale Ordnung, aber auch für Menschenrechte und gegen die Unterdrückung von Minderheiten (wie der Uiguren) dürfte auch ihren Einsatz für die Ukraine prägen. Der Begründungszusammenhang der Ukrainehilfe der USA könnte somit weg vom systemischen Level (Demokratie versus Autokratie) hin zu einem eher menschenrechtsbasierten Ansatz gehen.

Unter einer Harris-Administration wird die USA weiterhin eine zentrale Rolle in der Bündnisverteidigung der NATO spielen. Auch sie wird das konventionelle Gewicht der USA in Europa reduzieren, allerdings Schritt für Schritt und in Abstimmung mit den Verbündeten. Damit wird die Abschreckung eines potenziellen russischen Angriffs weiterhin gewährleistet sein, vor allem, weil es keinerlei Infragestellung des nuklearen Schirms über dem gesamten

Bündnisgebiet geben wird. Gleichzeitig wird der Fokus auf China an Bedeutung gewinnen und zunehmend amerikanische Kapazitäten binden. Daher wird Präsidentin Harris für den Aufbau europäischer Fähigkeiten zur Stärkung der Bündnisverteidigung eine höhere Dringlichkeit einfordern und die Alliierten noch klarer dazu anhalten, die USA in Europa konventionell zu entlasten. Bis zum Ende ihrer ersten Amtszeit sollten hier substantielle Schritte erfolgen.

Das US-Engagement im Nahen Osten könnte sich durch eine Harris-Administration durchaus verändern. Aufgrund des innenpolitischen Drucks und vor allem der engagierten Demokraten selbst wird es einen stärkeren Fokus auf Menschenrechte und auf die Linderung der humanitären Lage in den besetzten Gebieten geben. Auch hier dürfte ein stärkeres Engagement Europas willkommen sein. Doch Harris wird mehr wollen, so ihre Aussage bei dem Fernsehduell mit Donald Trump im September. Sie strebe eine Zwei-Staaten-Lösung an, also neben Israel einen palästinensischen Staat. Dieser Ansatz in der amerikanischen Nahostpolitik ist nicht neu, wurde aber in den vergangenen Jahren als kaum durchsetzbar angesehen, zumal die israelische Regierung unter dem Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu sich dieser Politik widersetzt.

Szenario 2: Administration Trump

Eine republikanische Administration ist mit sehr viel mehr Unsicherheit behaftet. Sie könnte aber deutliche Veränderungen in der amerikanischen Außenpolitik vornehmen. Dies dürfte an erster Stelle die Unterstützung für die Ukraine betreffen und danach die amerikanische Rolle in der NATO. Grundsätzlich ist aber die erratische Entscheidungsfindung und unklare Strategie einer Administration Trump eine der größten Herausforderungen für Europa.

Bei der Unterstützung für die Ukraine wird sich die US-Politik ausdifferenzieren. Die US-Waffenlieferungen werden massiv reduziert, gleichzeitig wird die Unterstützung mit *Intelligence* und *Surveillance* beibehalten werden. Zusätzlich dazu werden die Beschränkungen für amerikanische Waffensysteme zurückgenommen werden. Damit wird das Eskalationsrisiko des Krieges erhöht, das aber weitgehend von Europa getragen werden muss. Die gesamte Last der finanziellen Unterstützung für die Ukraine (Aufbau und Militärhilfe) wird auf Europa abgewälzt werden. Für eventuell notwendige amerikanische Waffenlieferungen (wie PATRIOT Systeme) wird eine finanzielle Gegenleistung von Seiten der Verbündeten eingefordert werden. Noch schwerer wird der Verlust der amerikanischen Führungsrolle in der Koordination der Unterstützung für die Ukraine wiegen. Die ohnehin bestehenden Differenzen zwischen den europäischen Alliierten in Bezug auf Kriegsziele, Eskalationsgefahren oder den künftigen Umgang mit Russland, werden nicht mehr aus Washington moderiert und damit ungebremsst ausgetragen. Daraus ergeben sich erhöhte Risiken einer ungewollten Eskalation, da einige Alliierte vorpreschen, aber auch ungeklärte Fragen der Risikoverteilung, da andere sich aus der Unterstützung zurückziehen dürften.

Die Trumpsche Idee eines Friedensschlusses innerhalb von 24 Stunden wird in den ersten Monaten nach der Wahl einen Großteil der Aufmerksamkeit und des politischen Kapitals verbrauchen. Allerdings dürfte ein solcher Deal daran scheitern, dass damit Putin als Sieger vom Platz geht und die USA einen Gesichtsverlust erleidet. Zudem könnte die Schwächung Russlands und damit mittelbar seines Verbündeten Chinas ein Motiv für eine verringerte, aber anhaltende Unterstützung für die Ukraine bleiben. Dennoch muss sich Europa darauf vorbereiten, dass Trump einen Deal mit Putin über die Ukraine abschließt und sich dann die Frage stellt, wie sich die Alliierten dazu verhalten. Auch in diesem Fall würden die unterschiedlichen Positionen der Europäer aufbrechen. Einige würden der Regierung in der Ukraine raten, weiterzukämpfen und sie dabei unterstützen, andere würden den Deal begrüßen.

Die NATO wird sich unter einem Präsidenten Trump verändern, aber in der Form erhalten bleiben. Die Änderungen sind insbesondere durch die transaktionale Logik der neuen Administration bedingt: Denn diese versteht die NATO nicht als Bündnis (nominell) gleichberechtigter Staaten, sondern vielmehr als amerikanische Sicherheitsdienstleistung, für die Gegenleistungen erbracht werden müssen. Damit wird die Garantie von Art. 5 mit Konditionen versehen und nur Staaten, die in den Augen der Administration ihren Ansprüchen genügen, können mit der Unterstützung der USA rechnen. In Verbindung mit einer unberechenbar werdenden US-Politik wird dies die Abschreckungsfunktion der NATO deutlich unterminieren.

Drei Bedingungen werden für amerikanische Unterstützung herangezogen werden:

- 1) Das Zweiprozentziel der NATO wird zur Messlatte für konformes Verhalten, es kann aber davon ausgegangen werden, dass dies nur die Untergrenze darstellt und die Anforderungen, gerade für Deutschland, hochgeschraubt werden.
- 2) Der Anteil der Verteidigungsausgaben, die für amerikanische Waffen aufgewendet werden, wird ein Kriterium dafür sein, ob dem jeweiligen NATO-Mitglied Schutz zugestanden wird.
- 3) Die Politik gegenüber China ist ein weiteres Kriterium. Nur NATO-Staaten, die sich der US-Position zu China vorbehaltlos anschließen, die entsprechenden Zölle oder Sanktionen mittragen und sich ggfs. auch militärisch im Indopazifik engagieren, können mit amerikanischer Solidarität rechnen.

Die grundsätzlich erratische Natur einer möglichen zweiten Trump-Administration wird auch aufgrund der Unklarheit dieser Kriterien eine Atmosphäre der Unberechenbarkeit und Unvorhersehbarkeit erzeugen.

Im Nahen Osten dürfte Trump den Kurs von Benjamin Netanyahu stützen, die Gefahr einer militärischen Eskalation in der Region würde damit noch weiter steigen. Trump, der in seiner Amtszeit die amerikanische Botschaft von Tel-Aviv nach Jerusalem verlegt hat, zeigt bisher wenig Verständnis für die Belange und Interessen der Palästinenser. Er baut auf ein starkes Israel, dass sich mit seinen arabischen Nachbarn, Saudi-Arabien eingeschlossen, im Frieden befindet. Deshalb forderte er auch Israel mehrfach auf, den militärischen Konflikt mit der Hamas so schnell wie möglich zu beenden. Das dürfte Unterstützungsforderungen an Europa nach sich ziehen, die zusätzlich zum Engagement in der Ukraine kurzfristig zu erbringen sind. Die Zwei-Staaten-Lösung rückt damit in weite Ferne.

Der Fokus auf China würde grundsätzlich mehr Raum in dieser Administration einnehmen und dafür werden auch symbolische Entscheidungen gefällt werden. So wird der Abzug amerikanischer Streitkräfte aus Deutschland erneut diskutiert werden und es muss mit einer frühen Entscheidung zur Reduzierung von Truppen gerechnet werden.

2. Abgeleitet aus deutschen/europäischen Interessen: Welche Fragen stellen sich der Sozialdemokratie prioritär?

- Wie kann europäische Sicherheit im Bündnis gewährleistet werden und die Abschreckungswirkung gegenüber Russland im gleichen Maße wie bisher aufrechterhalten werden?
- Welche Unterstützungsformate für die Ukraine können konzipiert werden, die dem Land ermöglichen, aus einer Position der Stärke zu verhandeln, gegen Alleingänge aus

dem Bündnis – auch den USA - abgesichert zu sein, und die Lasten dennoch fair auf viele Schultern verteilen?

- Wie können erratische Entscheidungen aus Washington entweder präventiv verhindert werden oder so eingefangen werden, dass sie keinen nachhaltigen politischen Schaden anrichten und die Unsicherheit in Europa weiter erhöhen?
- Was passiert mit den US-Mittelstreckenraketen, die in Deutschland stationiert werden sollen, falls Trump Präsident wird?

3. Welche politische Botschaft leitet sich daraus für die deutsche Öffentlichkeit ab?

Die 2022 eingeleitete Zeitenwende war die einzig richtige Entscheidung, um Deutschland in der multipolaren Welt als starken und selbstständigen Akteur zu verorten. Die Wahlen in den USA zeigen, dass alte Gewissheiten keinen Bestand mehr haben könnten und deutsche Sicherheit aus eigener Kraft gewährleistet werden muss. Mit dem Sondervermögen wurde die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands gestärkt und wird dazu beigetragen, die Bundeswehr für die Zukunft bereit zu machen.

Deutsche Initiativen stärken Europas Verteidigungsfähigkeit. Mit der Brigade in Litauen, den gemeinsamen Rüstungsprojekten mit Frankreich, den europäischen Mittelstreckenraketen (ELSA) oder auch der *Sky Shield Initiative* bauen wir sukzessive starke europäische Fähigkeiten auf. Deutschland wird auch weiterhin seine Rolle als Rahmennation wahrnehmen, die es anderen europäischen Staaten erlaubt, an gemeinsame Rüstungsvorhaben anzudocken.

Mit jedem Tag, den Russland seinen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine führt und dabei rücksichtslos Menschen und Material in die Schlacht wirft, wird die russische Bedrohung für Europa schwächer. Die Regeneration der russischen Militärmacht wird Jahre dauern, dies bietet Deutschland und seinen europäischen Verbündeten die Möglichkeit, sich systematisch und mit qualitativ überlegenen Waffensystemen zu rüsten.

Die Unterstützung für die Ukraine ist europäisch abgesichert. Mit der G7-Initiative ist gewährleistet, dass die Mittel nicht aus dem Bundeshaushalt erbracht werden müssen, sondern mit den Zinsen der eingefrorenen russischen Guthaben finanziert werden. Die Koordination der Hilfe über die NATO macht Europa unabhängig von disruptiven Entscheidungen in Washington.

Die EU verfügt über das wichtigste Friedensinstrument. Für die Ukraine ist die Perspektive einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union der wichtigste Pfeiler dafür, dass sie den Frieden gewinnen kann, sobald die Kampfhandlungen beendet sind. Dieser Weg in die EU eröffnet die Chance für wirtschaftliche Prosperität und langfristigen gesellschaftlichen Frieden.

Die **Trumpsche Idee eines schnellen Friedens in der Ukraine ist nicht durchdacht**, denn sie berücksichtigt nicht, dass die Ukraine selbst einem solchen Frieden nicht zustimmen kann, weil er nur unter erheblichen Konzessionen an Russland erreichbar wäre. Putin stünde als klarer Gewinner dieser Auseinandersetzung da. Dies würde für die USA einen schweren Gesichtsverlust darstellen.

Die USA wird sich nicht einfach so aus der NATO verabschieden. Das Bündnis ruht auf einer Vielzahl von Gemeinsamkeiten, aber dient auch direkt amerikanischen Interessen:

- Washington hat massiv in die amerikanische Präsenz in Europa investiert. Diese wird nicht einfach so abgezogen werden, auch weil es hohe Kosten verursacht. Besonders das

Hauptquartier der US-Streitkräfte in Wiesbaden ist ein zentraler Standort, der auch in Zukunft erhalten bleibt. Dabei spielen auch die neuen Mittelstreckenraketen eine wichtige Rolle, die 2026 unter diesem Kommando in Deutschland stationiert werden.

- Die USA profitiert in einem hohen Maß vom Bündnis, weil die europäischen Verbündeten in der Auseinandersetzung mit China internationalen Rückhalt geben. Das umfasst das Auftreten in internationalen Organisationen und Foren ebenso wie militärische Unterstützung.
- Die NATO sorgt mit ihren gemeinsamen Standards auch dafür, dass amerikanische Waffen von Europa gekauft und verwendet werden. Die Bundeswehr hat hier mit einer Reihe wichtiger Bestellungen dafür gesorgt, dass die Bindung an die USA eng bleibt. An diesen für die amerikanischen Firmen sehr lukrativen Beziehungen haben auch und gerade die Republikaner ein hohes Interesse.

Table Briefing

MULTILATERALISMUS UND DEMOKRATISCHE ORDNUNGSPOLITIK

Beide Kandidaten stehen auf unterschiedliche Art für Kontinuität: Gewinnt Donald Trump, so wird er wahrscheinlich an seinen aus der ersten Amtszeit bekannten persönlichen Mix aus Transaktionalismus, bewusster Disruption und ungeplantem Chaos anknüpfen. Die „Abrissbirne“ Trump würde das Fundament internationaler Zusammenarbeit beschädigen. Siegt Kamala Harris, dann dürfte dies in groben Zügen zu einer Weiterführung der Biden-Politik führen. Allerdings ist in mancher Hinsicht mit einer pragmatischeren Außenpolitik zu rechnen: Kamala Harris wird noch mehr als Joe Biden auf internationale Zusammenarbeit Wert legen, auch um die USA zu entlasten. Ihre Administration wird mehr Ländern auf Augenhöhe begegnen wollen und nicht so sehr eine Zugehörigkeit zum „demokratischen Lager“ als gewichtiges Kriterium für internationale Partnerschaften bestimmen.

1. Prognose: Was erwarten wir im betrachteten Politikfeld von der neuen US-Regierung?

Szenario 1: Administration Harris

Innenpolitisch würde eine Administration Harris „Bidenomics“, also ein Regierungsprogramm, das Sicherheit und Wirtschaft für die Mittelschicht zusammendenkt, weiterführen. Es ginge ihr darum, die (untere) Mittelschicht v.a. in republikanisch geneigten Bundesstaaten zu entlasten und benachteiligten Bevölkerungsgruppen mehr Chancen zu verschaffen. Ein parteiübergreifender Protektionismus und nationale Industriepolitik würden die Agenda bestimmen.

Für die Demokratie im Land würde ein Sieg Harris' zumindest keine weitere Schwächung der Gewaltenteilung mit sich bringen, nichtsdestotrotz bliebe das Land politisch und gesellschaftlich höchst polarisiert, wichtige Kontrollinstanzen wie der Kongress aufgrund parteipolitischer Kämpfe fast machtlos und der Oberste Gerichtshof politisiert. Harris würde vermutlich den von Biden praktizierten Ansatz einer Binartität von Demokratien und Autokratien abschwächen angesichts des relativen Machtverlusts des Westens in der Welt. Eine Harris-Administration würde daher voraussichtlich weniger stark auf das Prinzip des liberalen Universalismus setzen, sondern stärker auf den Erhalt einer von formalen Rechten geprägten Weltordnung setzen, innerhalb derer die USA ihre wirtschaftlichen und geoökonomischen Interessen erreichen. Dieser pragmatischere Ansatz könnte eine größere Offenheit für eine Zusammenarbeit mit autokratischen und illiberalen Regimen bei globalen Problemlagen begründen.

Internationale Diplomatie und Allianzen würden weiterhin gewürdigt, um den Problemen und Herausforderungen unserer Zeit effektiv zu begegnen und um Amerikas globale Führungsposition zu untermauern. Internationale Institutionen würden erhalten und reformiert werden, um internationale Zusammenarbeit zu verbessern und auch effektiver zu machen. Dieser Reformwille endet jedoch, wo die USA Einfluss in Institutionen insbesondere auf Kosten einer relativen Stärkung Chinas verlieren würden. Konkret wären Reformen von IWF und Weltbank denkbar, hängen jedoch von einer (unwahrscheinlichen) Mehrheit im US-Kongress durch die Demokraten ab. Eine Aufstockung der USAID-Mittel und der US-Beteiligung an IWF und Weltbank, um Fluchtursachen an der Wurzel zu packen, wäre vorstellbar.

Internationale Initiativen wie bspw. zur Unternehmensbesteuerung oder Vermögenssteuer („Milliárdärssteuer“) scheitern voraussichtlich aufgrund der innenpolitischen Polarisierung.

Unter einer Harris-Administration würden sich multilaterales Engagement und bilaterale sowie regionale Abkommen ergänzen. Traditionelle Allianzen wie die G7 und die G20 und mögliche neue Partnerschaften durch verbesserte Beziehungen zu den BRICS werden gestärkt, z.B. im Rahmen des G-20 Vorsitzes der USA im Jahr 2026. Eine weitere Zusammenarbeit mit der G7 für gemeinsame Projekte wie JET-Ps oder der *Partnership for Global Infrastructure and Investment* wären/sind wahrscheinlich.

Im Bereich der Klimadiplomatie würde sich eine Administration Harris weiter ganz klar zum Pariser Klimaschutz-Abkommen bekennen und finanzielle Unterstützung für internationale Initiativen wie den Grünen Klimafonds der Vereinten Nationen, der Entwicklungsländern bei der Bekämpfung des Klimawandels hilft, fortsetzen.

Dabei werden die EU, und insbesondere Deutschland, als zentraler Partner gesehen, was auch bedeutet, dass die USA mehr Führung von Deutschland erwarten werden, wenn es um Fragen der internationalen Zusammenarbeit geht. Sowohl finanziell als auch bei der Umsetzung größerer multilateraler Vorhaben wird mehr von Deutschland erwartet werden.

Szenario 2: Administration Trump

Eine Administration Trump würde stark von der Binarität „Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns“ / „Us vs Them“ geprägt sein. Liberale Werte, multilaterale Allianzen und internationale Abkommen träten in den Hintergrund. Angesichts der Schwäche der amerikanischen Demokratie und der Aushöhlung der Kontrollfunktion des Kongresses wäre das politische System wenig vor Amtsmissbräuchen eines erneuten Präsidenten Trump geschützt. Der Oberste Gerichtshof hatte Trump im Juli 2024 zusätzlich weitgehende Immunität vor Strafverfolgung zugesprochen, sodass die Gefahr einer weiteren Schädigung des Rechtsstaats, Korruption oder politisch motivierter Gewalt besteht.

Trump und die sogenannte MAGA-Bewegung sind ein Treiber für die Verbreitung von Fehl- und Falschinformationen, wie der Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2021 gezeigt hat. Lügen werden gezielt genutzt, um politische Anhänger zu mobilisieren, Betrug und Gewalt als legitimes Mittel darzustellen, die Gesellschaft weiter zu spalten, Vertrauen in die Institutionen und die Legitimität von Wahlen zu unterminieren und so eigene politische Ziele zu erreichen. Gesetze, die den Betreibern von *Social Media* Plattformen auferlegen, diese zu moderieren, werden als „Zensur“ angegriffen/verunglimpft. Die politische Allianz mit Elon Musk ist Ausdruck einer „unheiligen Allianz“ von politischer Mobilisierung, Propaganda und Geschäftsinteressen im Kampf gegen den „Wokeismus“.

Eine Wiederwahl Trumps würde einen weiteren Auftrieb für rechtspopulistisch-autoritäre Kräfte in Europa und überall auf der Welt bedeuten. Diese Netzwerke beruhen auf ihrer protonationalistischen Anti-Wertegemeinschaft: Gegen Migration, Geschlechtergerechtigkeit, internationale Zusammenarbeit und „Wokeismus“.

Die Gestaltung der internationalen Beziehungen würde einem transaktionalen Ansatz vom „Deal Making“ entsprechen. Als mächtigstes Land würde Trump immer einen Anspruch auf den „Best Deal“ erheben. Multilaterale Abkommen, eine verbindliche und vertrauliche internationale Zusammenarbeit, das Festhalten an langfristigen Strategien zur Gestaltung der internationalen Ordnung – alles dies würde einem „Deal Making“-Ansatz widerstreben. Multilaterale Formate wie AUKUS (Australien, UK, USA) würden in der Bedeutung steigen

Eine stark verrechtlichte, auf Solidarität beruhende EU würde wieder als feindlicher Gegenspieler wahrgenommen. Eine Trumpsche Außenpolitik wäre bestrebt, den Zusammenhalt in der EU zu zersetzen, die europäische Integration zu stören und die europäischen Mitgliedsstaaten gegeneinander auszuspielen. Deutschland wird grundsätzlich nicht als Partner gesehen werden, vielmehr lehnt Trumps das politische und wirtschaftliche Modell Deutschlands ab.

Eine bereits erfolgte Androhung von Finanzkürzungen würde die US-Kontrolle von IWF und Weltbank vergrößern bzw. zementieren. Gleichzeitig werden Reforminitiativen bei Weltbank und IWF verlangsamt oder rückgängig gemacht. Auch in der Runde der G20 würden Initiativen wie die Unternehmensbesteuerung auf den Widerstand der USA treffen. Die G20 würden darüber hinaus durch eine erneute Fokussierung der USA auf die G7 marginalisiert. Dies könnte auch eine höhere Konfrontation der USA mit den BRICS- Staaten nach sich ziehen.

Im Bereich der Klimadiplomatie stünde zuvorderst der Rückzug der USA aus dem Pariser Klimaabkommen von 2015. In Folge der stärkeren Förderung einheimischer fossiler Energieträger sowie der Nuklearindustrie unter einer Trump-Administration würden sich internationale Maßnahmen v.a. auf die Energie- und nicht die Klimapolitik fokussieren. Eine solche würde beinhalten, im Verbund mit Produzenten fossiler Brennstoffe Exporte in neue Partnerländer des globalen Südens und nach Europa zu fördern.

2. Abgeleitet aus deutschen/europäischen Interessen: Welche Fragen stellen sich der Sozialdemokratie prioritär?

- Wie lässt sich eine globale Strukturpolitik sozialdemokratischer Prägung (Verteilungspolitik; Friedenspolitik) in einem potenziell schwieriger werden globalen Umfeld umsetzen?
- Wie können globale Institutionen (Vereinte Nationen, Weltbank, Internationaler Währungsfonds) und die regelbasierte Ordnung geschützt werden?
- Wie kann zunehmender wirtschaftlicher Ungleichheit und Unsicherheit begegnet werden?
- Welche Strategien können nachhaltiges Wachstum und sozialen Zusammenhalt fördern?
- Wie lassen sich Klimaschutz und wirtschaftlicher Wohlstand miteinander vereinbaren?
- Welche Ansätze können dem Aufstieg des autoritären Rechtspopulismus entgegenwirken und die demokratischen Institutionen schützen?

3. Was tun nach den US-Wahlen – unmittelbar und mittelfristig?

Für Deutschland und die EU gilt es weiterhin, eine **starke transatlantische Kooperation** bei der Bewältigung globaler Herausforderungen anzustreben. Idealerweise geschieht dies in enger Zusammenarbeit mit der neuen Regierung. Die EU und USA sollten eine gemeinsame Führungsrolle in allen Gremien der multilateralen Zusammenarbeit (UN, IWF, Weltbank und andere multilaterale Entwicklungsbanken) für den Klimaschutz, zur Weiterentwicklung der Institutionen und zur Bekämpfung des globalen Autoritarismus einnehmen und dabei zugleich dem relativen Bedeutungszuwachs der Länder des Globalen Südens Rechnung tragen und die Institutionen inklusiver gestalten.

Sollte Trump gewinnen läge mehr Verantwortung auf Europa, multilaterale Prozesse und Institutionen sowie Umwelt- und Menschenrechte zu verteidigen und voranzubringen, auch wenn die Amerikaner als Partner (erneut) ausfallen. Dies betrifft etwa die WTO und bestehende umwelt- und klimapolitische Verhandlungen sowie die globale Klimafinanzierung und gemeinsame Standards etwa für Rohstoffhandel im Rahmen der G7+, die dann ohne die USA weiterverfolgt werden müssten. Gleiches gilt für jegliche Bestrebungen, multinationale Konzerne zum Kampf für Menschenrechte und Umweltschutz in globalen Lieferketten zu verpflichten. Deutschland würde mit dem deutschen und EU-Lieferkettengesetz eine zentrale Rolle in den Verhandlungen zum UN-Treaty zukommen. Eine Konzentration auf multilaterale regionale Zusammenarbeit außerhalb der US-Führung, z. B. mit regionalen Entwicklungsbanken (ADB, AfDB) oder der Afrikanischen Union, wäre unter einer Trump-Administration empfehlenswert.

Darüber hinaus würde die **unbedingte Notwendigkeit** gelten, **Gesprächskanäle offenzuhalten**, z.B. mit Trump-kritischen Republikanern im Kongress und in den Bundesstaaten, aber auch mit Pro-Trump Gewerkschaftern. Die EU sollte sich schnellstmöglich und verbindlich einigen, keine bilateralen Abkommen mit Washington zu schließen, die sie im Nachhinein spalten würde. **Dem Aufwind rechtspopulistischer und rechtsradikaler Ideen und Netzwerke sollte entschieden entgegengetreten werden**, da ansonsten auch Deutschland von einem weiteren Rechtsruck populistischer Kräfte betroffen wäre.

HANDELSPOLITIK

Eine Harris-Regierung brächte vor allem Kontinuität zu Bidens Administration – sowohl im „Guten“ (transatlantischer Respekt und Verlässlichkeit, Legitimität und Bedeutsamkeit von Klima- und Umweltschutz, konstruktive Teilnahme an multilateralen Verhandlungen) als auch im „Schlechten“ (protektionistische Industriepolitik, WTO-Blockade, China-Rivalität). Eine Regierung Trump 2.0 ließe dagegen die positiven Aspekte der bisherigen US-Regierung vermissen, brächte erneut große wirtschaftliche Risiken mit sich und würde wichtige internationale Standards und Institutionen schwächen sowie multilaterale Reformen massiv erschweren. Für die deutsche Politik ergeben sich je nach Wahlausgang unterschiedliche Prioritäten: entweder defensiver Art, also negative Folgen abzumildern oder offensiverer Art, eigene Interessen zu stärken. Der Druck auf Deutschland und Europa bleibt in beiden Szenarien hoch und stiege besonders bei einer erneuten Trump-Administration an.

1. Prognose: Was erwarten wir im betrachteten Politikfeld von der neuen US-Regierung?

Szenario 1: Administration Harris

Eine Administration Harris würde handelspolitisch voraussichtlich Kontinuität mit der bisherigen Politik der Biden-Regierung bedeuten. Der Status Quo ist jedoch aufgrund der Trendwende in der Handels- und Industriepolitik der USA unter Biden bereits sehr herausfordernd für Deutschland und die EU.

Harris teilt Bidens Überzeugung vom Mehrwert multilateraler Politik. Dennoch ist es möglich, dass Harris sich wie andere Politiker und Politikerinnen der heutigen Generation eher dem Konkurrenzkampf mit China als dem Transatlantizismus widmen wird. Wahrscheinlich ist dennoch, dass Harris Europa weiterhin als zentralen Partner in verschiedenen Bereichen der Handelspolitik unterstützen wird. Eine Fortsetzung des *Trade and Technology Councils* (TTC) als Dialogplattform mit der EU ist zu erwarten, ebenso wie bestehende Zusammenarbeiten bei Ausfuhrkontrollen und Sanktionen. Eine nennenswerte Vertiefung und größere Effektivität des TTC bliebe jedoch ohne demokratische Mehrheit im Kongress weiterhin aus. Unklar bleibt, wie Harris konkret mit den derzeit quotenbasiert zollfreien EU-Exporten von Stahl und Aluminium umginge, die von Biden Ende 2025 auslaufen. Eine Wiederaufnahme der TTIP-Verhandlungen ist unwahrscheinlich; hierfür scheint auch auf EU-Seite kein Interesse mehr zu bestehen.

Harris bezeichnet sich als “nicht-protektionistische Demokratin” und hat sich gegen Trumps Handelskriege mit China und sein generelles Handelsvorgehen ausgesprochen. So spricht sie sich etwa gegen eine Importsteuer von 10 Prozent auf alle importierten Waren in die USA aus, wie Trump sie gefordert hat. China soll Harris zufolge im Handel vor allem für Dumping-Praktiken und Diebstahl intellektuellen Eigentums zur Verantwortung gezogen werden, vergleichbar mit dem aktuellen Vorgehen der EU.

Nichtsdestotrotz ist der konfrontative Kurs gegenüber China in den USA heute parteiübergreifend, sodass die Entkopplung im Hochtechnologiesektor (*small yard, high fence*), und die De-Risking Strategie (*friend- and nearshoring*, vor allem nach Mexiko) voraussichtlich mit unverminderter Härte fortgesetzt werden. Auch die bisherige US-Strategie in Asien fände Fortführung: Mit dem *Indo-Pacific Economic Framework* (IPEF) bieten die USA Partnern in der Region eine zunehmend institutionalisierte Alternative zu Verflechtungen mit China ohne signifikante eigene Markttöffnung zu betreiben. Gleichzeitig ist anzunehmen, dass Harris eine

Handelsagenda verfolgen möchte, die vor allem die Rechte der US-amerikanischen Beschäftigten in den Fokus stellt (u.a. durch höhere Löhne). Dies beinhaltet eine Fortsetzung der industriepolitischen Prioritäten der Biden-Regierung, die auch aus innenpolitischen Gründen unabdinglich sind. Entsprechend sind große Änderungen etwa an den auf nordamerikanische Zulieferer beschränkten Subventionen des IRA oder der prinzipiellen Nutzung von Schutzzöllen (die unter Biden bis zu 100 Prozent etwa auf chinesische E-Autos betrugen) nicht zu erwarten. Darüber hinaus legte Harris bisher größeren Wert auf Umweltstandards und Klimaschutzbeiträge in der Handelspolitik – dies führte sie zu einer kritischen Haltung sowohl gegenüber dem USMCA (dem neuen NAFTA Abkommen) als auch zur Trans-Pacific Partnership (TPP), dem gescheiterten Vorgänger des IPEF. Es ist also zu erwarten, dass sie für eine Stärkung von Nachhaltigkeitsstandards in der Handelspolitik eintreten wird.

Auf internationaler Ebene ist auch unter Harris keine Abkehr der US-Blockade des WTO-Streitschlichtungsmechanismus zu erwarten. Diese ist seitens der USA an eine grundlegende Reform der WTO geknüpft, für die es aber weder innenpolitisches Interesse gibt noch in der auf Einstimmigkeit basierenden Organisation WTO derzeit mit China oder mit den Entwicklungs- und Schwellenländern einen Konsens gibt. Gleichzeitig blieben die USA jedoch unter Harris ein konstruktiver Gesprächspartner für neue plurilaterale Abkommen innerhalb der WTO (wie das *Investment Facilitation for Development Agreement* oder das jüngst in Teilen beschlossene Abkommen gegen Überfischung).

Neben dem Einsatz für Klima- und Umweltstandards ist auch zu erwarten, dass Harris sich dem Thema Menschenrechte und der Verantwortung multinationaler Konzerne widmet. Unter Biden haben die USA 2021 erstmals begonnen, sich aktiv in die Verhandlungen zu einem verbindlichen UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten einzubringen. In der letzten Verhandlungsrunde 2023 nahmen sie konstruktiv teil und unterstrichen damit, dass sie für ein verbindliches UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten sind. Es ist zu erwarten, dass Harris diesen Kurs fortsetzt.

Szenario 2: Administration Trump

Eine Administration Trump 2.0 würde dagegen eine deutliche Radikalisierung der aktuellen US-Handelspolitik bedeuten, sowie zu größerer Unberechenbarkeit, mehr wirtschaftlichem Schaden und immensen Risiken für Deutschland und die EU führen.

In der US-Politik würde Trump 2.0 den IRA und seine primär in republikanische Staaten fließenden Investitionen wohl nicht rückabwickeln, sondern für sich politisch nutzbar machen und ggf. in einzelnen Bereichen, wie E-Autos oder Aspekten des Umwelt- und Klimaschutzes, kürzen. Kooperative Maßnahmen der Biden-Administration, z.B. die gemeinsame Task Force und die sogenannten *Clean Energy Incentives Dialogues* innerhalb des TTC, welche die protektionistischen Elemente des IRA, vor allem bei kritischen Rohstoffen für E-Autos, auch für die Europäer abmildern sollten, könnten erneut zur Disposition stehen. Gegenüber China wird Trump den De-Risking-Kurs noch härter, aber auch erratischer verfolgen.

Eine Ausweitung des Handelskriegs mit China (60 Prozent Zölle auf alle chinesischen Produkte kündigte Trump an) wäre ebenso erwartbar wie weitere Maßnahmen um US-Amerikanische Produktion zu stärken, etwa die Senkung der Unternehmenssteuer. Je nachdem wie isolationistisch auch sein Beratungsteam aufgestellt ist, könnte Trump den US-Dominanzkurs im Pazifik durch weitere Aufrüstung fortführen, oder sich stattdessen stärker auch von den Streitigkeiten im Pazifik isolieren. Das IPEF würde voraussichtlich seine Nachhaltigkeitsaspekte verlieren – doch auch ein Zurückziehen der USA daraus ist nicht ausgeschlossen und wurde von Trump bereits angedroht. Auf internationaler Ebene wäre eine neue Trump-Administration eine

Besiegelung des blockierten Status Quo in der multilateralen Handelsordnung sowie ein schwerer Schlag für klima- und umweltpolitische Bemühungen innerhalb der WTO. Weder Fortschritte beim Streitschlichtungsmechanismus noch neue plurilaterale oder gar konsensuale Abkommen innerhalb der WTO wären unter Trump 2.0 zu erwarten. Eine Trump-Administration könnte sich auch gegen asymmetrische bilaterale/bi-regionale Handelsabkommen stellen, wie sie die USA etwa mit afrikanischen Staaten pflegen, um diesen Marktzugängen zu erleichtern: das AGOA-Abkommen (*African Growth and Opportunity Act*) müsste 2025 erneuert werden und würde voraussichtlich einen typisch transaktionalen Umgang finden, gerade im Wettstreit mit China um Einfluss und kritische Rohstoffe auch auf dem afrikanischen Kontinent.

Für die EU wäre in einer zweiten Trump-Regierung zu erwarten, dass die Zölle auf EU-Importe von Stahl (damals 25 Prozent) und Aluminium (damals 10 Prozent) zügig (und spätestens Ende 2025) wiedereingeführt würden. Die Aussicht würde schwinden, durch das sogenannte *Global Arrangement on Sustainable Steel and Aluminium* diesen Konflikt auf internationaler Ebene beizulegen. Handelskriege über weitere Güter sind nicht auszuschließen – im Wahlkampf forderte Trump, schlicht alle EU-Produkte mit 10 Prozent Zöllen zu belegen. Sicherheitsgarantien wären erneut an wirtschaftliche Gegenleistungen geknüpft, europäische Abhängigkeiten nicht nur bei Verteidigung, sondern auch etwa bei Flüssiggas-Importen (LNG) könnten von Trump genutzt werden, um heimische Erfolge und Gegenleistungen zu erpressen – mit großen Risiken für Energiepreise, Inflation und Haushaltspolitik. Es wäre fraglich, ob das TTC als Dialogplattform unter Trump weiterexistieren würde. Eine Zusammenarbeit mit der EU etwa bei Ausfuhrkontrollen, Sanktionen, aber auch kritischen Rohstoffen wäre unwahrscheinlich, ebenso wie eine Wiederaufnahme der TTIP-Verhandlungen. Die EU würde die USA als Verbündeten im Kampf gegen den Klimawandel verlieren, was angesichts des derzeitigen politischen Klimas auch die ökologische Agenda in Europa weiter schwächen dürfte.

Es ist nicht zu erwarten, dass sich Trump einer Globalisierung widmet, die Arbeitnehmerrechte weltweit schützt und Unternehmen dafür in die Verantwortung nimmt. 2018 kündigte Trump die Mitgliedschaft im Menschenrechtsrat (MRR) der Vereinten Nationen auf (Rückkehr unter Biden in 2022). Trump wird sich gegen jegliche Vorgaben für multinational operierende Unternehmen sperren. Entsprechend wird er kein Freund eines international rechtsverbindlichen Abkommens zur Regelung der Aktivitäten transnationaler Konzerne und anderer Wirtschaftsunternehmen im Rahmen internationaler Menschenrechtsvorschriften sein (UN Treaty für Wirtschaft und Menschenrechte). Vielmehr steht im Raum, dass die USA sich unter Trump 2.0 erneut aus dem MRR zurückziehen.

2. Wie sollte die deutsche Politik reagieren?

Unabhängig vom Wahlausgang unterstreicht der handels- und industriepolitisch parteiübergreifende Trend in den USA die Notwendigkeit, sich sowohl für die Aufrechterhaltung multilateraler Handelspolitik einzusetzen als auch im europäischen Verbund auf die wirtschaftliche Resilienz und Stärkung der eigenen Fähigkeiten zur Erreichung strategischer Ziele zu fokussieren.

Entsprechend wird Deutschland Strategien aufsetzen müssen, die sowohl seine strategischen Partnerschaften für die Absicherung von Lieferketten stärkt als auch eigene Industrien in Deutschland und der EU sichert. Deutschland sollte darauf hinwirken, dass die EU ihre eigene industriepolitische Strategie stärkt, um den EU-Binnenmarkt zu dekarbonisieren und zu digitalisieren, inklusive ausreichender Finanzierung im geoökonomischen Wettstreit um Zukunftsbranchen mit China und den USA. Über reine Zielmarken und Regulatorik hinaus

(Stichworte *Net Zero Industry Act* und *Critical Raw Materials Act*) müssen Strukturveränderungen durch ausreichend eigenen erneuerbaren Strom, Produktionsumstellung und Ansiedlung zukunftsorientierter Branchen glaubwürdiger gesichert werden, was tiefere Integrationsschritte und massive auch öffentliche Investitionen auf der Skala des Binnenmarkts benötigt. Nach außen sollte Deutschland sich weiter und innerhalb der EU dafür stark machen, dass die multilaterale Ebene als Priorität verfolgt wird, nicht zuletzt, um den vielen kleineren Staaten weltweit faire Verhandlungsbedingungen auf Augenhöhe zu bieten.

Für bilaterale Verhandlungen gerade mit größeren ökonomischen Playern sollten Deutschland und die EU sich für die Stärkung bestehender Dialogformate einsetzen, die negative Effekte heimischer Industriepolitik und strategischer Handelspolitik abfedern und koordinieren, sowie Spielräume für gemeinsame Regeln ausloten können (Stichwort TTC mit den USA). Generell braucht es für Deutschland und die EU mehr eigene Abkommen mit alternativen Partnern, um bestehende Abhängigkeiten und Risiken zu verringern. Unabhängig des Wahlausgangs muss Europa die eigenen Angebote an Partner ausbauen und sich positiv von sowohl den USA als auch China absetzen, etwa durch glaubwürdige und tatsächlich auch finanziell unterlegte Zusagen (Stichwort *Global Gateway*) für den Aufbau und die Verlagerung von Wertschöpfung auch in Partnerländer in Afrika, Lateinamerika und Asien gerade bei Zukunftsbranchen. Eine eigenständige Chinapolitik zwischen De-Risking in kritischen Bereichen und Dialog wo immer möglich bleibt ebenfalls essenziell, unabhängig davon wer im November gewinnt.

Im Falle eines Trump-Sieges wären glaubwürdige defensive Gegenmaßnahmen der EU nötig, um die erwarteten Zölle und mögliche weitere protektionistische Drohungen zu entschärfen. Ein Abfangen von Strafzöllen durch äquivalente Subventionen müsste europäisch koordiniert sein und würde bedeutende Ressourcen kosten, die an anderer Stelle fehlen würden. Gleichzeitig kann eine weitere Eskalation des Handelskriegs gegenüber China europäische Exporte in die USA attraktiver machen, zumindest wenn eine militärische Konfrontation etwa über Taiwan weiterhin verhindert werden kann, die auch für Deutschland und Europa katastrophal wäre (Stichwort Halbleiter). Insgesamt sollten trotz schwächerer strategischer Position Deutschlands und der EU gegenüber einer unwilligen US-Administration alle bestehenden Dialogformate genutzt werden, um auch bei Trump 2.0 auf die tiefen und beidseitig gewinnbringenden Verflechtungen und Abhängigkeiten hinzuweisen sowie auf die gemeinsame Stärkung als transatlantischer Wirtschaftsraum (indirekt auch gegenüber China).

Mit einer Harris-Administration blieben die grundsätzlichen Herausforderungen für Deutschland und Europa im Sinne des Aufbaus einer eigenständigen und strategischen Handels- und Industriepolitik bestehen. Jedoch könnten dieselben Strategien der Verteidigung bestehender Institutionen und Formate sowie das Voranschreiten in geteilten Interessensbereichen deutlich erfolgreicher umgesetzt werden. Der TTC könnte weiterentwickelt und ggf. vertieft werden (zumindest im Falle eines demokratischen Kongresses), und die klima- und umweltpolitische Agenda könnte sowohl in der WTO konstruktiv weiterverfolgt werden als auch in Avantgarde-Formaten wie den *Just Energy Transition Partnerships* (JETPs) oder neuen Rohstoffstandards innerhalb der G7.

3. Welche politische Botschaft leitet sich daraus für die deutsche Öffentlichkeit ab?

Die EU stärken angesichts volatiler transatlantischer Partner: Die erneut reale Chance auf eine Trump-Regierung unterstreicht, dass die USA als verlässlicher und wohlwollender Partner bis zur Befriedung tiefer innenpolitischer Gräben ein Risiko bleiben. Deutschland steht daher unter Druck, auf eine tatsächlich europäische Industriepolitik hinzuwirken, die europäische Unternehmen auf global relevanter Skala stärkt und in seine wirtschaftliche Zukunft investiert. Die Erfolge defensiver EU-Handelspolitik, wie im Stahlsektor mit den USA oder gegenüber China bei E-Autos, zeigen: Dies kann gelingen, wenn Deutschland verstärkt in ein robustes europäisches Vorgehen investiert.

Globalisierung gestalten – trotz geopolitischer Spannungen: Der Ausgang der Wahlen in den USA hat zentralen Einfluss auf Deutschland und die EU. Im Falle von Trump 2.0 steht Deutschland noch stärker unter Druck, Menschenrechte- und Umwelt- sowie Klimaschutz in der Handels- und Lieferkettenpolitik nicht aus dem Blick zu verlieren und etwaige Chancen auf multilaterale Reformerfolge sowohl in der WTO als auch für einen UN-Treaty weiter konsequent zu verfolgen. Deutschland kann dieser Rolle gerecht werden, wenn es weiter in eine stärker auch von den USA unabhängige Außenpolitik investiert und muss diplomatische Gelegenheitsfenster produktiv nutzen.

Ausbau neuer Partnerschaften: Unabhängig vom Ausgang der US-Wahlen muss sich Deutschland ein breites Netzwerk an Partnern weltweit aufbauen. Damit macht sich Deutschland weniger abhängig von geopolitischen Mächten wie China und den USA. Gleichzeitig sichert Deutschland damit, dass es weiterhin von der globalen Arbeitsteilung profitiert. Die progressive Neugestaltung dieser Partnerschaften bietet die Chance, den Weg einer neuen Globalisierung zu bestreiten – mit mehr gesellschaftlichem Rückhalt auf beiden Seiten und damit höherer Resilienz und Attraktivität in einer multipolaren Welt.

DIE BEDEUTUNG DER US-WAHLEN FÜR DIE WELT

Der Blick aus Brasilien

Luiz Inácio Lula da Silva, der amtierende brasilianische Präsident, erklärte jüngst, dass es keinen Unterschied mache, wer in den USA Präsident oder Präsidentin werde, die historischen Beziehungen zwischen beiden Ländern würden so oder so „zivilisiert“ weiter gepflegt. Denn natürlich werden die Wahlen mit großem Interesse verfolgt. Für Brasilien sind aber aktuell weitere Themen ebenfalls wichtig, wie die regionalen Herausforderungen (Venezuela), Brasiliens Einsatz für eine stärkere Stimme des Globalen Südens, Brasiliens G20-Präsidentschaft sowie die Beziehungen mit China.

2024 markiert das 200jährige Jubiläum der bilateralen Beziehungen zwischen den USA und Brasilien. Diese ist von vielen Gemeinsamkeiten geprägt, auch wenn grade ab der Jahrtausendwende Unterschiede deutlich wurden. Brasilien wurde im ersten Jahrzehnt der 2000er zum „rising star“ der Schwellenländer, ökonomisch stabil und in seiner Außenpolitik selbstbewusster. Dabei setzte das Land seine Stimme in dieser Zeit vor allem für den Globalen Süden ein, weitete seine diplomatische Repräsentanz auch in Afrika und dem Nahen Osten aus und stieß bei seinen außenpolitischen Initiativen auch auf Widerstand aus den USA, wie beim Versuch ein Atomabkommen mit dem Iran auszuhandeln. Brasilien stand bis zur Wahl von Jair Bolsonaro für eine starke Süd-Süd-Kooperation, Reformanstrengungen in den internationalen Organisationen und eine „aktive Neutralität“, so dass Brasilien sowohl mit Deutschland eine strategische Partnerschaft einging als auch in den BRICS eine aktive Rolle einnahm.

Mit der Wahl von Jair Bolsonaro änderte sich diese außenpolitische Position. Brasilien band sich an die USA, wo Bolsonaro mit Donald Trump ein ideologisches Vorbild und Verbündeten wählte. Auch suchte das Land die Nähe zur israelischen oder ungarischen Regierung und teilte Trumps Verachtung für den Multilateralismus. Mit dieser Haltung, der katastrophalen Gesundheitspolitik während der Covid-Pandemie, der Aufweichung des Schutzes des Amazonasregenwaldes sowie der Abwahl von Bolsonaros Verbündeten, Donald Trump, war das Land international zunehmend isoliert. Erst der Amtsantritt von Luiz Inácio Lula da Silva brachte Brasiliens Stimme wieder auf die internationale Bühne zurück.

In der Folge werden vier Punkte kurz skizziert, die für die Beziehungen mit den USA wichtig sind und durch die Wahlen stark beeinflusst werden:

1. Außenpolitik

Auch wenn Lula außenpolitisch immer wieder für Kontroversen sorgt, wie mit seinen Aussagen zum Krieg in der Ukraine, Gaza oder zuletzt Venezuela, ist er doch ein Verfechter des Multilateralismus. Dabei fordert Brasilien ein stärkeres Gewicht für den Globalen Süden, ist aber ein Partner für eine regelbasierte Weltordnung. Hilfreich sind derzeit die sehr guten persönlichen Beziehungen zwischen Biden und Lula. Unter einem Präsidenten Trump stünden sich zwei Weltanschauungen gegenüber. Grundsätzlich gibt es mit Blick auf die Geopolitik Unterschiede zwischen den USA und Brasilien unter Lula. Dies betrifft u. a. eine gerechtere internationale Steuerpolitik, Handelspolitik oder der Bereitschaft der Industrienationen einen Ausgleich an ärmere Staaten für die Anpassung an den Klimawandel zu zahlen.

Zu den Unterschieden zählt auch, wie genau eine „regelbasierte Weltordnung“ ausgestaltet wird, zu der aus Brasiliens Sicht ein größerer Einfluss des Globalen Südens gehört. Unter einer Trump-Regierung drohen bereits schwelende Meinungsverschiedenheiten sich noch einmal zu

verstärken. Neben den genannten Punkten zählen hierzu konkret der Umgang mit Venezuela, die Beziehung zu Israel oder China sowie mit dem BRICS+ Staatenbund. Zudem wird Trump voraussichtlich einige bestehende Absichtserklärungen (MoUs) und Kooperationsabkommen kritisch sehen wie das Programm zur Bekämpfung von Rassismus oder das kürzlich beschlossene MoU zur Stärkung von Arbeitnehmerrechten national und in internationalen Organisationen. Doch auch wenn der diplomatische Umgangston rauer würde, ist davon auszugehen, dass sich Brasilien sowohl mit Kamala Harris als auch Donald Trump arrangieren und gleichzeitig versuchen wird, selbstbewusst seine internationalen Interessen zu verfolgen. Dabei ist sich Brasilien seiner eigenen Rolle in der Region und der wirtschaftlichen Interessen der USA bewusst.

2. Wirtschaftliche Beziehungen

Brasilien ist das größte Land in Südamerika und vereint knapp die Hälfte des BIPs, der Landfläche und Bevölkerung der Region. Das flächenmäßig fünftgrößte Land der Erde verfügt ebenfalls über beachtliche Rohstoffvorkommen. China ist mit Abstand der wichtigste Handelspartner Brasiliens. Dabei werden aber vor allem Eisenerz, Soja, Erdöl und weitere Primärgüter exportiert. Der größte Anteil an verarbeiteten- und Industrieprodukten geht in die USA, und der Export wurde dieses Jahr noch gesteigert. Die Vereinigten Staaten sind auch Hauptinvestor in Brasilien. Derzeit verfolgen beide Länder eine ähnliche Industriepolitik mit einer aktiveren Rolle des Staates und haben gewerkschaftsfreundliche Regierungen.

Mit Kamala Harris dürfte dies so bleiben. Aber auch bei einer Wahl von Donald Trump ist nicht davon auszugehen, dass aus rein ideologischen Gründen die ökonomischen Beziehungen der beiden Länder beeinträchtigt würden. So gab auch Bolsonaro während der ersten Präsidentschaft Trumps nicht den Drängen nach, Huawei für den Aufbau des 5G Netzes auszuschließen. Während man sich rhetorisch auf China als vermeidlich kommunistische Gefahr eingeschossen hatte, überwogen doch die nationalen ökonomischen Interessen.

Eine "America First" Politik wie von Trump angekündigt, würde aber Auswirkungen auf Brasilien haben. Es wird geschätzt, dass ca. 500.000 Arbeitsplätze von den Exporten in die USA abhängen. Darüber hinaus ist China als Handelspartner und Investor in den letzten Jahren deutlich präsenter geworden und in vielen Bereichen bereits an den USA vorbeigezogen, wodurch sich für Brasilien eine Alternative zu den USA entwickelt hat. Somit würden eine stärker protektionistische Wirtschaftspolitik der USA und der größere Einfluss Chinas und damit auch die Gefahr in einem eskalierenden Handelskrieg zwischen diesen beiden Mächten zwischen die Fronten zu geraten, die deutlich größere Gefahr bergen als die ideologischen Unterschiede.

3. Demokratie

Ein Wahlerfolg Donald Trumps würde der Extremen Rechten in Brasilien sicher Aufwind geben, die weiterhin von Bolsonaro dominiert wird. Der Aufbau internationaler Netzwerke würde gestärkt. Es gibt enge Verbindungen von Trumps Umfeld mit der Extremen Rechten. Insbesondere Bolsonaros Sohn, Eduardo, ist in den USA und international gut vernetzt. Die extreme Rechte sieht in Donald Trump in vielen Bereichen einen Wegbereiter und Vorbild. In jüngster Vergangenheit verbindet beide Länder der gewaltsame Sturm auf das US-Capitol und in Brasilien den Praça dos Tres Poderes. Unter Bolsonaro wurde Brasilien zu einer Anlaufstelle für die Extreme Rechte weltweit mit guten Verbindungen auch zur AfD. Dass es einen Unterschied macht, wer im Weißen Haus sitzt, zeigte auch die Haltung der Biden-Regierung rund um die brasilianische Präsidentschaftswahl. Sie hatte sich direkt für die brasilianische Demokratie eingesetzt und drohte dem Land vor der Wahl 2022 mit Konsequenzen, als eine reelle Putschgefahr durch Bolsonaro bestand. Dass der Umsturzversuch in Brasilien nicht

erfolgreich war, lag an der Resilienz der demokratischen Institutionen in Brasilien, aber auch am internationalen Druck, insbesondere aus den USA. Die US-Administration hat gegenüber dem brasilianischen Militär keine Zweifel gelassen, dass ein Umsturz der demokratischen Ordnung schwerwiegende Konsequenzen für die bilateralen Beziehung und den Abbruch der Militärkooperation hätte.

4. Umwelt- und Klimapolitik

Konfliktpotential mit einem Präsidenten Trump würde es hinsichtlich der Umweltpolitik geben. Auch wenn unter Lula die extraktivistische Wirtschaft immer noch eine große Rolle spielt, unternimmt die Regierung Anstrengungen eine nachhaltigere Wirtschaftspolitik zu fördern. Der Schutz des Regenwalds und der Biome spielt eine wichtige Rolle und das Land präsentiert sich in den internationalen Beziehungen als Vorreiter im Umweltschutz. 2025 findet die UN-Klimakonferenz COP in Brasilien statt. Mehr als 60 Prozent des Amazonasregenwaldes sind auf brasilianischem Staatsgebiet und die Regierung verfolgt ehrgeizige Ziele, um illegale Entwaldung zu stoppen. Zwar unterstützt die Biden Administration z.B. den Amazonasfonds mit weniger Geld als zunächst erhofft, aber der Klimawandel-Skeptiker Trump könnte die Unterstützung komplett einstellen sowie die internationalen Ambitionen im Klimaschutz und auch den brasilianischen Protagonismus schwächen.

Ungeachtet wer in das Weiße Haus einziehen wird, sollte Deutschland anstreben, die bestehende strategische Partnerschaft mit Brasilien und bestehende MoUs mit Leben zu füllen. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der sozial-ökologischen Transformation. Auch progressive Vorstöße wie jene zu einer globalen Mindeststeuer für Milliardäre sollten unterstützt werden, auch bei Widerstand aus den USA. Auf Parteiebene bildet die Partnerschaft zwischen SPD und PT eine wichtige Grundlage, um Kernthemen zu vertiefen und die Zusammenarbeit zu stärken. Das gilt besonders, falls die USA unter einem möglichen Präsidenten Trump als destruktive Kraft in den internationalen Beziehungen auftreten sollten.

Der Blick aus China

Die amerikanisch-chinesischen Beziehungen sind zentral und strukturbildend für die Gestaltung des globalen Ordnungsrahmens und die internationale Politik. In den USA gibt es zu keinem anderen Thema so viel Einigkeit wie zu China, das parteiübergreifend als größte Herausforderung amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik sowie der internationalen Ordnung gesehen wird. Dies zeigt sich nicht zuletzt in der Kontinuität amerikanischer China-Politik unter Trump und Biden.

Bei einem Trump-Wahlsieg wird Peking auf der Weltbühne noch intensiver daran arbeiten, die Lücken, die durch den Rückzug einer isolationistischen US-Politik entstehen könnten, mit eigenen Alternativangeboten zu füllen und den globalen Süden stärker hinter sich zu sammeln. Trump dürfte die multilaterale Zusammenarbeit, bspw. bei der Bekämpfung des Klimawandels, auf vielen Ebenen zum Schaden der internationalen Gemeinschaft schwächen. Chinas Charme-Offensive gegenüber Europa – für Peking der entscheidende „swing state“ der internationalen Politik – würde weiter verstärkt werden. Eine Regierung Trump dürfte neben Vizepräsident J.D. Vance mit weiteren China-Hardlinern besetzt sein, wie Trumps früheren Sicherheitsberatern Robert O'Brien und Matthew Pottinger sowie seinen früheren handelspolitischen Beratern Robert Lighthizer und Peter Navarro.

Bei einer Präsidentin Harris wird in Peking dagegen der Nachteil gesehen, dass die USA – anders als unter Trump – ihre Partnerschaften im Rahmen der NATO, mit globalen NATO-Partnern sowie der QUAD (Quadrilateraler Sicherheitsdialog von Australien, Indien, Japan und den USA) weiter ausbauen dürften. Andererseits könnte die traditionell freundlichere Haltung ihres politischen Heimatstaats Kalifornien zu China (mit einer großen chinesisch-stämmigen Bevölkerung) historisch wie auch im Hinblick auf die aktuelle Politik (darunter z.B. Kooperationen im Bereich der Klima-Transformation) für einen weniger konfrontativen Kurs der USA sprechen.

Als potenzielles Risiko wird in Peking gesehen, dass Harris keine persönliche Beziehung zu China oder der chinesischen Führung hat (es gab bislang nur ein flüchtiges Treffen mit Staats- und Parteichef Xi Jinping und Premierminister Li Qiang am Rande des APEC (Asiatisch-Pazifische Wirtschaftsgemeinschaft) Gipfels 2022). 2021 sagte Harris bei einem Besuch in Singapur deutlich, China nötige und schüchtere seine Nachbarländer ein. Peking untergrabe die regelbasierte internationale Ordnung und bedrohe die Souveränität der Staaten im Südchinesischen Meer.

Der von Harris designierte Vize-Präsidentschaftskandidat Tim Walz hat zwar eine langjährige persönliche Beziehung zu China. Während er sich im Wahlkampf positiv über Land und Leute in China äußert, übt er jedoch deutliche Kritik an der chinesischen Führung und deren Menschenrechts-Bilanz. Gegenüber einer neuen, vermeintlich unerfahrenen US-Präsidentin Harris gäbe es für die chinesische Führung erfahrungsgemäß zwei mögliche gegensätzliche Verhaltensmuster auf der außenpolitischen Klaviatur: Einerseits Charmeoﬀensive, andererseits Provokationen bzw. einen Härtetest (bspw. im Südchinesischen Meer).

Konfliktpunkte Chinas mit den USA

Die beiden im Hinblick auf die zukünftigen US-China Beziehungen entscheidenden Themen sind zum einen die Rivalität um die Gestaltung des internationalen Ordnungsrahmens, mit der Technologieführerschaft als einer zentralen Wettkampf-Arena, sowie zum anderen die Taiwan-Frage.

Internationaler Ordnungsrahmen

Im Falle eines Wahlsiegs Donald Trumps ist von einer Schwächung globaler Allianzen der USA (NATO, QUAD, AUKUS (Sicherheitsbündnis der USA, Australien und dem Vereinigten Königreich) u.a.) auszugehen. Mit seiner Wahlkampf-Aussage, dass die USA nur noch die Sicherheit der NATO-Länder unterstützen würden, die mindestens zwei Prozent ihres Haushalts für Verteidigung bereitstellen, hat Trump zumindest rhetorisch die Beistandspflicht der NATO in Frage gestellt. Sollte die EU stärkere Eigenverantwortung für die europäische Sicherheit übernehmen müssen, wird Europa sein ohnehin schwaches Engagement im Indo-Pazifik weiter reduzieren müssen. Gleichzeitig würden damit dringend benötigte Ressourcen gebunden, die Europa braucht, um sich wirtschaftlich unabhängiger von China zu machen. Beides würde der chinesischen Führung in die Hände spielen.

Wenngleich unter einer Präsidentin Harris weitestgehend eine Fortführung der China-Politik Bidens zu erwarten ist, wird sich auch in diesem Fall der Fokus der USA stärker von Europa auf den Indopazifik verschieben. Anders als unter Trump wäre allerdings von einem kontrollierten Prozess in Absprache mit europäischen Partnern auszugehen. In der Handelspolitik signalisiert Harris mehr Kompromissbereitschaft als Trump. Sie bezeichnet sich selbst als „nicht-protektionistische Demokratin“ und spricht sich gegen einen Handelskrieg mit China aus.

Wirtschafts- und Handelspolitik

Unabhängig vom Wahlausgang wird China auch in Zukunft versuchen, seinen Einfluss auf die amerikanische Wirtschaftslobby weiter auszubauen, um gegen China gerichtete Maßnahmen – vor allem bei Importzöllen für Elektroautos und Exporteinschränkungen für Computerchips – zu verwässern.

Sowohl unter Trump als auch unter Harris wird sich der geopolitische Wettbewerb zwischen China und den USA fortsetzen, neben der Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik insbesondere im Bereich der Informationstechnologien. Während vor allem republikanische Politiker und Politikerinnen bereits einen neuen Kalten Krieg sehen, hat eine Mehrzahl von Staaten im globalen Norden und Süden kein Interesse an einer neuen Blockbildung. Das gilt nicht zuletzt für den Indopazifik, wo die meisten Länder weiterhin versuchen werden, eigene Interessen zwischen den beiden Weltmächten auszubalancieren.

Taiwan

Die Taiwan-Frage wird weiterhin eine zentrale Rolle in den bilateralen Beziehungen spielen und könnte in den nächsten Jahren in eine noch sensiblere Phase eintreten. Das Jahr 2027 gilt als kritischer Moment im Hinblick auf die Modernisierung chinesischer Streitkräfte, die im Hinblick auf ihre militärischen Fähigkeiten dann potenziell mit dem US-Militär gleichziehen, während Xi Jinping seinem Alter entsprechend möglicherweise nur noch ca. zehn Jahre Zeit hat, um die Taiwan-Frage in seinem Sinne „zu lösen“. Im laufenden Jahrzehnt ist die Situation in der Taiwan-Straße daher besonders fragil.

Im Juli 2024 sorgte Trump mit der Aussage für Irritationen, dass Taiwan die USA für seine Verteidigung bezahlen solle, da die USA für Taiwan nichts mehr als eine Versicherungsgesellschaft seien. Gleichzeitig kritisiert sein Vizepräsidentenskandidat Vance die US-Unterstützung der Ukraine in Russlands Angriffskrieg. Die USA sollten, so Vance, stattdessen so viele Waffen wie möglich an Taiwan liefern und es China so schwierig wie möglich machen, Taiwan einzunehmen. Beide Aussagen zeigen, dass die Taiwan-Politik einer möglichen Trump-Regierung nicht berechenbar ist. Klar ist, würden die USA unter Trump ihre Reputation als verlässlicher Sicherheitsgarant international einbüßen, dürfte das China ermutigen, seinerseits

die eigene Einflussosphäre auszuweiten. Peking könnte zum Beispiel versuchen, Trump am nationalen Sicherheitsapparat der USA vorbei, ein Angebot in Bezug auf die Taiwan-Frage zu machen, ähnlich wie er es in seiner letzten Amtszeit entgegen den Empfehlungen seines Beratungsteams mit Nordkorea versucht hatte und krachend gescheitert war.

Eine Präsidentin Harris würde an Bidens unmissverständlicher Ansage, dass die USA eine Unabhängigkeit Taiwans nicht unterstützen, genauso festhalten wie an den impliziten Sicherheitsgarantien für Taiwan. Vor dem Hintergrund anderer Fronten in der Ukraine und dem Nahen Osten ist damit zu rechnen, dass die USA unter Harris eine Eskalation mit China aufgrund der Taiwan-Frage in den nächsten Jahren dringend vermeiden wollen.

Für die USA wird sich allerdings die Frage stellen, wie sie sich im Falle einer chinesischen Aggression gegenüber Taiwan verhalten würden. Ob und ggf. in welcher Form und Härte das Schutzversprechen der USA für Taiwan im Falle eines hybriden Angriffs oder eines bewaffneten Konflikts ein militärisches Eingreifen der US-amerikanischen Streitkräfte bedeuten könnte, ist eine Frage, die sich unter beiden Präsidentschaften je nach Szenario und jeweiligen Dynamiken anders stellt.

Geopolitische Auswirkungen

Der Schaden, den eine erneute Trump-Administration bei transatlantischen und indopazifischen Partnern verursachen würde, würde China sicherlich Vorteile bringen. Andererseits dürften die USA unter Trump 2.0 in vielerlei Hinsicht noch unberechenbarer werden als bei seiner ersten Präsidentschaft. Für Chinas Führung wären in der für China wichtigsten Frage der Beziehungen mit den USA – nämlich Taiwan – unter Trump alle möglichen denkbaren Entwicklungen zwischen zwei Extremen vorstellbar: Einerseits ein heißer Konflikt, der sogar das Potential für einen Dritten Weltkrieg mit weltweit katastrophalen Folgen hat. Andererseits ein Deal, für den Peking einen hohen Preis zu zahlen bereit wäre. Sollte Trump erneut auf wirtschaftspolitischen Konfrontationskurs zu Europa gehen, könnte Peking davon profitieren. Andererseits schwächt die chinesische Wirtschaft ohnehin schon. Ein weiter verschärfter Handelskrieg mit den USA, in dem Trump vermutlich auch versuchen würde, die Europäer komplett auf seine Seite zu ziehen, birgt große Risiken für Peking.

Ein Wahlsieg von Kamala Harris verspricht dagegen eine fortgesetzte Rivalität mit weniger unkalkulierbaren Risiken. Bidens Sicherheitsberater Jake Sullivan hat der chinesischen Führung bei Treffen mit Präsident Xi Jinping und Außenminister Wang Yi während seines Besuchs in Peking Ende August 2024 die Fortsetzung stabiler Beziehungen unter einer Präsidentschaft Harris versichert. Pekings Hoffnung dürfte darüber hinaus sein, dass es seine Interessenpolitik zumindest in den ersten Jahren einer Harris-Administration ungestörter und kalkulierter verfolgen könnte als unter einem Präsidenten Trump. Gleichzeitig wäre alleine eine Abkühlung der langjährigen Spannungen mit einer Harris-Administration nach Jahren konfrontativer Chinapolitik unter Trump wie Biden, schon ein Erfolg für Peking.

Eine Harris-Administration wäre für die Deutschland aus den beschriebenen Gründen der verlässlichere und berechenbarere Partner als Trump 2.0. Im Spagat sicherheitspolitischer Abhängigkeit von den USA bei gleichzeitiger wirtschaftlicher Abhängigkeit von China, muss eine zukunftsweisende Außenpolitik Deutschlands – und insbesondere der deutschen Sozialdemokratie – die Beziehungen zu den beiden Großmächten klug ausbalancieren und ggf. mögliche Hebel zur De-Eskalation zwischen beiden Staaten nutzen. In jedem Fall gilt es eine souveräne China-Politik fortzuentwickeln, die prinzipientreu, pragmatisch und europäisch eingebettet ist. Dabei ist offensichtlich, dass es zunehmend herausfordernd ist, die Beziehungen Deutschlands und anderer europäischer Länder zu China zu definieren. Einerseits wird in Berlin

und Brüssel anerkannt, dass es für globale Herausforderungen (Klimawandel, globale Entwicklungsagenda, Geoökonomie, Konflikte Ukraine/Nahost, multilaterale Rüstungskontrolle...) an Beiträgen aus China bedarf. Andererseits bestehen zwischen Deutschland und China „systemische Differenzen“, da die chinesische Führung die internationale Ordnung entlang ihres eigenen politischen Systems und mithilfe globalen Initiativen umgestalten will. Der Sozialdemokratie kommt aufgrund ihres politischen Gewichts, ihrer Prinzipienfestigkeit sowie ihres langjährigen und tiefgründigen Dialogs mit der KP China bei diesem Spagat eine besondere Verantwortung zu.

Table Briefings

Der Blick aus Indien

Indien ist unter den Mittel- und Großmächten der Welt wohl jenes Land, das mit am wenigsten Anspannung auf die US-Präsidentschaftswahl blickt. Anders als die meisten US-Verbündeten hat Indien gleichermaßen stark von produktiven Beziehungen zu den letzten beiden Administrationen unter Donald Trump und Joe Biden profitiert. Dennoch: der Ausgang der US-Wahl hat enorme Konsequenzen für das indisch-amerikanische Verhältnis und wird in Neu-Delhi bestimmte Handlungslogiken hinsichtlich der Priorisierung in den bilateralen Beziehungen nach sich ziehen. Die Bedeutung dieser Beziehungen hat – gerade in den letzten zehn Jahren – enorm zugenommen und fußt nun auf wachsender Konvergenz in geopolitischen Zielen, wichtigen handelspolitischen Interessen, einer großen indischen Diaspora, existierendem Vertrauen sowie gemeinsamen Engagement in diversen internationalen Institutionen.

Zentrale Wahlkampfthemen und ihre Bedeutung für Indien

- **Energie:** Die Biden/Harris-Administration setzte sich in der letzten Legislatur stark für grüne Energien in den USA aber auch weltweit ein. Das klimapolitische Engagement des Landes zeigte sich in Indien dahingehend, dass man die Finanzierung des Übergangs zu erneuerbaren Energien unterstützte. Um die Transformation voranbringen zu können, benötigt das bevölkerungsreichste Land der Welt auch weiterhin finanzielle, technologische und politische Unterstützung. Eine Trump-Regierung, die wesentlich stärker auf fossile Energieträger setzt, würde konsequenterweise negative Folgen für dieses Vorhaben nach sich ziehen. Allerdings würde eine Trump-Regierung im Umkehrschluss auch keinen Druck auf Neu-Delhi ausüben, die klimapolitischen Ambitionen möglichst früh zu erreichen. In Indien könnte damit auch weiterhin einen Wachstumspfad verfolgt werden, der stark auf Kohle als Energieträger setzt. Dies könnte in der Kooperation mit Europa – vor allem auch mit Deutschland – ein „window of opportunity“ zur weitergehenden Vertiefung der klima- und energiepolitischen Zusammenarbeit durch europäische Investments und Technologien im RE-Bereich öffnen.
- **MONA:** In Bezug auf Israel/Gaza wird von Trump eine starke Unterstützung der Netanyahu-Regierung und Israels erwartet. Indien hat eine historische Verbindung zu den Palästinensern, aber in den letzten Jahren eine strategische Partnerschaft mit Israel – vor allem in den Bereichen Technologie, Handel und Militärgütern – aufgebaut. Die indische Position ist deshalb eine der Mitte mit dem Ziel der Einstellung der Konflikthandlungen. Indien wird zudem sehr genau beobachten, wie eine weitere Konflikteskalation vermieden und Frieden geschaffen werden kann, um den – für Indien sehr wichtigen – Indian-Middle East-Europe Economic Corridor (IMEEC-Korridor), ein Wirtschaftskorridor, der Indien, den Nahen Osten und Europa verbindet, zu verwirklichen. Jedwede Eskalation steht diesem geostrategischen Vorhaben im Wege.
- **Ukraine:** Kamala Harris steht für die Weiterführung der amerikanischen Unterstützung für die Ukraine und das Einfordern ebd. Beistands gegenüber amerikanischen Partnern. In Indien wird befürchtet, dass das Binär der Biden-Administration, welches die Welt in Demokratien und Autokratien einteilt, neuen Aufwind bekommen würde, denn Neu-Delhi pflegt traditionell gute Beziehungen mit Moskau. In Anbetracht dieser Tatsache und dem indischen Prinzip der strategischen Autonomie sowie der Transaktionalität in

der indischen Außenpolitik, wäre ein Sieg Trumps eine Erleichterung für Neu-Delhi. – insbesondere angesichts der Kritik an Indien durch den US-Botschafter in Indien an den indisch-russischen Beziehungen und der transaktionalen Natur der indischen Außenpolitik.

- China: Der Grenzkonflikt zwischen China und Indien im Jahr 2020 hat dazu geführt, dass Indien China als eine existenzielle Herausforderung für die nationale Sicherheit ansieht. Für Indien markiert das eine eigene Zeitenwende und stellt den Kern der indischen Sicherheitspolitik dar. Die strategischen Konvergenzen zwischen Indien und den USA bezüglich China haben damit ihren Höchststand erreicht: Indien und die Vereinigten Staaten haben einen klaren und gemeinsamen Gegner – China. Beide Länder wissen, dass der jeweils andere helfen kann, den Wettbewerb gegen Peking für sich zu entscheiden. Von einer erneuten Trump-Regierung wird ein deutlich härteres Vorgehen gegenüber China erwartet. Dieses ist im Grunde im indischen Interesse, wenngleich eine „gemanagte Situation“ einer Eskalation deutlich zu bevorzugen ist. Neu-Delhi hat kein Interesse an weiterer Bipolarität und eskalierenden Konfliktdynamiken zwischen den USA und China. Ob Trump in diesem Sinne dann der bevorzugte Präsident wäre, kann hinterfragt werden und wird von seinen Handlungen abhängen. Zusätzlich: Trump hat die QUAD (Quadrilateraler Sicherheitsdialog von Australien, Indien, Japan und den USA) wiederbelebt, Biden aber ihr Profil geschärft. Es bleibt abzuwarten, ob eine Harris-Administration dieser Kontinuität folgt und welche Auswirkungen dies auf die US-Indien-Beziehungen hätte. Sicher ist, dass die Positionierung der USA zu China für Indien von höchster Bedeutung ist.
- Technologie und Handel: Biden und Harris haben ihr Land dazu verpflichtet, Indien bestimmte Zugänge zu (Schlüssel-)Technologien ohne größere Bedingungen zu ermöglichen, Unter der Biden-Administration haben Indien und die USA begonnen, enger im Bereich von Schlüsseltechnologien zu kooperieren, u.a. indem Zugänge ermöglicht werden. Donald Trump könnte hier eine schärfere Position einnehmen. Die Vereinigten Staaten sind der wichtigste Handelspartner Indiens. Eine zunehmend protektionistische Haltung der USA würde Zugang zu ebd. Zentralen Technologien signifikant erschweren und die Position Indiens schwächen. Dieses Politikfeld trägt mit die größte Bedeutung für Indien und wird so ins Zentrum der bilateralen Beziehungen nach der Wahl rücken.
- Ideologische Nähe vs. Betonung von Menschenrechten: Trump wird Indien in Menschenrechtsfragen nicht so unter Druck setzen, wie es die Biden/Harris-Administration partiell getan hat. Es ist unklar, wie Kamala Harris in ihrer etwaigen Amtszeit mit Fragen zu Minderheiten, innerstaatlichen Konflikten und Spannungen umgehen wird. Ob Harris hier einen pragmatischen Umgang mit Neu-Delhi pflegt, wird die amerikanisch-indischen Beziehungen maßgeblich prägen. Eine weitere Zuspitzung und Betonung der Binarität „Demokratien gegen Autokratien“ seitens der Amerikaner brächte massive Hemmnisse für die indisch-amerikanischen Beziehungen.
- Eine mögliche Trump-Regierung würde auf eine gewisse ideologische Nähe zur Regierungspartei BJP setzen können: beide Parteien tragen eine nationalistische Zuspitzung in sich. In Delhi darf man hoffen, dass diese Nähe als Brücke dienen kann, um Konflikte in bestimmten Politikfeldern zu verkleinern, viele Konfliktlinien werden aber nichtsdestotrotz bestehen bleiben.

Pragmatismus im Zentrum indischer Außenpolitik

Indien ist durch Pragmatismus, Transaktionalität und positive Vorbedingungen gut positioniert sowohl mit einer Administration unter Führung von Donald Trump als auch von Kamala Harris zusammenzuarbeiten. Für den indischen Premierminister und Außenminister S. Jaishankar wird es in den nächsten Jahren darum gehen, die guten und strategisch hochwertigen Beziehungen zu Washington weiterhin auszubauen – unabhängig vom US-Präsidenten. Einzig die Prioritäten und strategischen Nuancen werden hiervon bestimmt werden. Dies stellt keine Änderung oder gar einen Bruch mit der bisherigen indischen Vorgehensweise dar, die der Außenminister pointiert durch folgenden Satz erklärt:

“This is a time for us to engage America, manage China, cultivate Europe, reassure Russia, bring Japan into play, draw neighbors in, extend the neighborhood, and expand traditional constituencies of support.”

Die nächste amerikanische Regierung in sämtlichen Politikfeldern zum Nutzen Indiens zu verpflichten, ist demnach Rahmen für Kooperation in bi-, tri-, mini- oder multilateralen Formaten bestehen bleibt. Indien vollzieht in verschiedenen Politikfeldern einen Schwenk gen Westen. Deutlich wird dies in der neuen Priorisierung der bilateralen Beziehung Indiens mit den USA und diversen europäischen Ländern. Um diesen möglichst effektiv und strategisch nutzen zu können, eignen sich die Politikfelder der Energie-, Technologie- Handels- und Wirtschaftspolitik aber auch eine strategische Betrachtung des Indo-Pazifiks sowie die Wahrnehmung indischer Positionen gegenüber Chinas. Klare eigene Positionen sowie ein pragmatischer Umgang sind dabei maßgebliche Indikatoren für den Erfolg in der Kooperation mit dem bevölkerungsreichsten Land der Welt. Die zentrale Aufgabe der indischen Außenpolitik gegenüber der neuen amerikanischen Regierung. Neu-Delhi kann dies am erfolgreichsten tun, wenn die vorgenannte indische transaktionale Vorgehensweise durch Pragmatismus und Interessenspolitik gespiegelt wird. Der 20. Januar 2025, dem Tag der Amtsübergabe in den USA, ist damit ein Tag, den man in Indien mit Neugier und einer gewissen Erwartungshaltung entgegenschaut, aber eben nicht mit Sorge.

Fortsetzung der Kooperation mit dem Westen

Die Bundesrepublik und damit auch die deutsche Sozialdemokratie können davon ausgehen, dass die amerikanisch-indischen Beziehungen auch nach der nächsten Präsidentschaftswahl belastbar bleiben. Zu groß ist die geostrategische Konvergenz zwischen Washington und Delhi als dass sich in der Gesamtgleichung fundamental etwas verschieben würde. Das heißt im Umkehrschluss, dass der eigene Rahmen für Kooperation in bi-, tri-, mini- oder multilateralen Formaten bestehen bleibt. Indien vollzieht in verschiedenen Politikfeldern einen Schwenk gen Westen. Deutlich wird dies in der neuen Priorisierung der bilateralen Beziehung Indiens mit den USA und diversen europäischen Ländern. Um diesen möglichst effektiv und strategisch nutzen zu können, eignen sich die Politikfelder der Energie-, Technologie- Handels- und Wirtschaftspolitik aber auch eine strategische Betrachtung des Indo-Pazifiks sowie die Wahrnehmung indischer Positionen gegenüber Chinas. Klare eigene Positionen sowie ein pragmatischer Umgang sind dabei maßgebliche Indikatoren für den Erfolg in der Kooperation mit dem bevölkerungsreichsten Land der Welt.

Der Blick aus Mexiko

Kurz vor den Wahlen in den USA steht in Mexiko am 01.10. der Wechsel vom jetzigen Präsidenten Andrés Manuel López Obrador (AMLO) zu seiner Nachfolgerin, Claudia Sheinbaum Pardo. Sheinbaum hatte Anfang Juni mit dem Versprechen die Politik AMLOs fortzusetzen, die Wahlen mit großem Abstand gewonnen. Mit Blick auf die USA stehen gleich mehrere die Zukunft des Landes bestimmende Punkte auf der außenpolitischen Agenda, ohne dass die Positionen der neuen Regierung hierzu bisher bekannt wären. Fest steht, dass ein Wahlsieg Donald Trumps die größere außenpolitische Herausforderung darstellen würde.

Leitlinie der mexikanischen Außenpolitik ist seit den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts die natürliche Souveränität eines jeden Landes und das Recht auf Nichteinmischung und Selbstbestimmung. Zudem gibt es zwei konstante Merkmale, auf die die Außenpolitik des Landes reagieren muss:

Zum einen ist dies das asymmetrische Verhältnis zu den USA: Die extrem enge wirtschaftliche Verflechtung in Bezug auf Handel, Investitionen und Wertschöpfungsketten, betrifft beide Länder, übersetzt sich aber für Mexiko in weit größere Abhängigkeit vom Nachbarn als umgekehrt. Im Zentrum der bilateralen Spannungen stehen der Drogenhandel und die transnationalen Effekte des von Mexiko aus operierenden organisierten Verbrechens sowie die das Land durchquerenden Migrationsbewegungen. Mexiko beklagt wiederum den ungebremsten Waffenschmuggel aus den USA, der in erster Linie das organisierte Verbrechen zum Kunden hat.

Zum anderen ist Multilateralismus der traditionelle Pfeiler der Außenpolitik Mexikos und das wichtigste Instrument seiner (relativ beschränkten) soft power. Globale Verantwortung im internationalen System zu übernehmen und gleichzeitig auf internationaler Ebene Einfluss zu gewinnen war seit der Jahrtausendwende explizites Ziel der Außenpolitik. Das Land förderte in den wichtigsten multilateralen Foren zahlreiche Initiativen zur Festlegung von Normen, Regeln und Werten (insbesondere die Resolution zum Verbot von Nuklearwaffen, die Agenda 2030, die Konferenzen zum Klimawandel, zur Drogen- (UNGASS) und Migrationspolitik) und beteiligte sich an Friedensmissionen der VN. In einem internationalen Umfeld zunehmender Ungewissheit verteidigte Mexiko den Multilateralismus als den besten Weg zur Lösung gemeinsamer Probleme und zur Mäßigung unilateraler Handlungen, auch von Seiten der USA.

Unklar, ob außenpolitische Zurückhaltung Mexikos bleibt

Aber: in den letzten sechs Jahren unter Präsident AMLO hat sich das Land außenpolitisch zurückgezogen, es unterhält eine schwächere und passive Präsenz in multilateralen Foren, verfolgte eine unzusammenhängende Agenda und zeigt weder Führungsanspruch noch klare außenpolitische Prioritäten. Andererseits kam es zu mehreren unüblichen, vom Präsidenten ausgelösten, außenpolitischen Konfrontationen mit Ländern in der Region und Spanien. In Bezug auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine sowie im Gazastreifen nimmt das Land eine ambivalente Haltung ein. Hinzu kam das anscheinend gute Verhältnis, dass AMLO mit Trump hatte und der Eindruck politischer Übereinstimmung, was ihm auf Seiten der US-Demokraten keine Freunde bescherte. AMLO ist kaum gereist und wenn, dann in die USA, hat an so gut wie keiner internationalen Konferenz teilgenommen und die Vereinten Nationen mehrmals als nutzlos bezeichnet. Noch ist nicht klar, ob Sheinbaum zu der traditionellen Außenpolitik und dem multilateralen Engagement zurückkehren und die vom scheidenden Präsidenten auferlegte außenpolitische Abstinenz und Ambivalenz aufgeben wird.

Zentrale US-Wahlkampfthemen und ihre Bedeutung für Mexiko

1. Handel

Grundlage der bilateralen Beziehung zu den USA ist Pragmatismus und dieser ist wirtschaftlich begründet. Mexiko ist Lateinamerikas größte Exportnation und der wichtigste Handelspartner der USA, 83 Prozent seiner Exporte fließen in den Norden. Das Freihandelsabkommen zwischen Mexiko, den USA und Kanada (UMSCA), das vor drei Jahren das Anfang der 90er Jahre in Kraft getretene NAFTA-Abkommen abgelöst hat, ist für beide Länder das wichtigste verbindliche Rechtsinstrument und bietet den Rahmen der Wirtschaftsbeziehungen. Das Handelsabkommen wird 2026 einer Überprüfung durch die beteiligten Parteien unterzogen werden. Für Mexiko bedeutet dies einen Stresstest, denn die USA könnte gleich in mehreren, sowohl wirtschaftlichen als auch politischen Bereichen neue oder schärfere Auflagen festlegen wollen. Die Verhandlungspositionen beider Seiten sind bislang zwar nicht bekannt, aber unter einem Präsidenten Trump wären die Forderungen unberechenbarer. In Vorbereitung darauf hat die neue Regierung Marcel Ebrad zum neuen Wirtschaftsminister ernannt. Ebrad hatte als Außenminister mit der Regierung Trump das Handelsabkommen verhandelt.

Mexiko hat seit Inkrafttreten des UMSCA-Abkommens von der US-amerikanischen Politik des Near- bzw. Friendshoring profitiert. Umso argwöhnischer wird jede neue US-Administration darauf achten, dass China nicht über das mexikanische Einfallstor, etwa mit dem Aufbau neuer Autofabriken, versucht, in die USA zu exportieren. Druckmittel hierfür hat die USA genug. Dass die im Fall eines Wahlsiegs Trumps hemmungsloser eingesetzt würden, hat dieser schon in seiner letzten Präsidentschaft bewiesen, als er Mexiko androhte, 5 oder sogar 20 Prozent Strafzölle auf Exporte zu erheben, falls das Land nicht mehr gegen die Migration Richtung USA unternehme. Der konfrontative Kurs der US-Administration gegenüber China ist parteiübergreifend – wenn er auch unter Trump erratischer und stärker ausfallen könnte – wovon Mexiko als alternativer Handelspartner der USA profitieren könnte. Eine Regierung unter Harris würde aber voraussichtlich auch versuchen, Umweltauflagen und klimapolitische Ziele in das Handelsabkommen aufzunehmen, die zumindest bisher von der mexikanischen Regierung kritisch gesehen werden, da diese eine Politik der Energiesouveränität auf Basis fossiler Rohstoffe verfolgt.

Aktuell ist die EU zwar der zweitgrößte Investor sowie Exportmarkt für Mexiko nach den USA, aber insgesamt macht dies gerade mal 7 Prozent des gesamten Handels von Mexiko aus und die EU exportiert fast doppelt so viel nach Mexiko, als sie von dort aus importiert. Die Neuverhandlung des seit 2000 existierenden Handelsabkommens zwischen Mexiko und der Europäischen Union wartet seit 2020 auf ihre Unterzeichnung.

2. Innere Sicherheit

Migration, Drogenhandel und die organisierte Kriminalität spielen im US-amerikanischen Wahlkampf und generell in der politischen Auseinandersetzung zwischen Demokraten und Republikanern eine herausragende Rolle. Den USA geht es darum, die Zahl der Grenzübertritte zu reduzieren und dies mit Erfolg. Im ersten Halbjahr 2024 hat sich die Zahl der Menschen, die die Grenze zwischen beiden Ländern erreichten, deutlich verringert. Die Hauptursache dafür scheint das verschärfte Vorgehen der mexikanischen Regierung zu sein. Mexiko wurde, wie die Zeitung El Pais zusammenfasst, „zur Mauer für all die, die in die Vereinigten Staaten gelangen wollten“. Einher ging dies mit einer Zunahme von Berichten über Menschenrechtsverletzungen, organisiertes Verbrechen sowie untragbare Zustände in den Grenzregionen.

Mittelfristig wird die Migration an der Grenze wahrscheinlich wieder ansteigen und erneut innenpolitisch in den USA als Kontrollverlust instrumentalisiert werden. Eine neue Regierung unter Trump würde voraussichtlich den Zugang durch eine Wiederaufnahme des Programms „Bleib in Mexiko“, welches Asylbewerber zwang, auf ihre Termine für einen Antrag vor US-amerikanischen Behörden in Mexiko zu warten und des „Titels 42“, eine während der Pandemie eingeführte Gesundheitsvorschrift, die zur sofortigen Ausweisung von Migranten verwendet wurde, reduzieren wollen. Von Trump angekündigt wurden zudem Einreiseverbote für bestimmte Nationen, die Fortsetzung des Mauerbaus entlang der Grenze, der Stopp von Migrationsprogrammen sowie die Anordnung von Massendeportationen. Mexiko solle durch Zollerhöhungen wirtschaftlich unter Druck gesetzt werden, so Trump. Aber auch eine Regierung unter Harris wird reagieren müssen. Im Jahr 2023 überstiegen die Abschiebungen der Regierung Biden die Gesamtzahl aller Jahre der Amtszeit von Trump. Harris hat angekündigt die aktuelle Politik fortsetzen zu wollen, hierzu gehört auch die Rückweisung von Asylsuchenden, wenn pro Tag die Zahl von 2500 illegalen Grenzübertritten überschritten wird.

Sicherheitsfragen, die sich aus dem Handeln der organisierten Kriminalität ergeben und sich mit der Migrationsdebatte überschneiden, belasten die Beziehungen zwischen den beiden Ländern massiv. Das in manchen Regionen Mexikos ungehinderte Agieren der Kartelle einerseits, insbesondere der massive Schmuggel von Fentanyl und anderer Drogen in die USA und andererseits die unilateralen Aktivitäten der USA, haben das Vertrauen sowie die behördenübergreifende Koordinierung untergraben. Die mexikanische Regierung hat die Zusammenarbeit, insbesondere mit der DEA (Drug Enforcement Administration), eingeschränkt.

Ob Harris oder Trump, die Themen Migration und organisiertes Verbrechen werden weiterhin die Wahlen beeinflussen und danach die bilateralen Beziehungen belasten. Die neue Präsidentin Sheinbaum wird versuchen, pragmatisch vorzugehen und eine Konfrontation zu vermeiden. Unter Harris stehen hierfür die Zeichen deutlich besser. Als Vizepräsidentin war sie bereits in Mexiko und hat sich mit verschiedenen Akteuren getroffen. Unter Trump war die politische Herausforderung, über die unflätigen und menschenverachtenden Ausbrüche gegenüber Mexiko hinwegzusehen und trotzdem zu einer Lösung zu kommen, mit der Sanktionen verhindert werden konnten. Unter einer erneuten Trump-Administration wären jedoch härtere Positionen zu erwarten.

Was in der Debatte oftmals in den Hintergrund gerät, sind die rund 12 Millionen in Mexiko geborenen Einwanderer in den USA. Wenn man deren Kinder und Kindeskindern hinzuzählt, erhöht sich die Zahl auf 37 Millionen. Die familiären Beziehungen zwischen beiden Ländern sind eng, die gemeinsame Grenze zählt die meisten Übertritte der Welt, ganz zu schweigen von den fast 64 Milliarden US\$ an Überweisungen nach Mexiko im letzten Jahr, die zweithöchsten nach Indien.

3. Demokratie und mexikanische Innenpolitik

Empfindlich reagiert Mexiko auf als solche verstandenen Einmischungen in innenpolitische Angelegenheiten. Jüngst ist es zum Beispiel zu einer Auseinandersetzung gekommen, nachdem die Botschafter der USA und Kanada Mexiko aufgrund der von AMLO kurz vor Ende seiner Amtszeit auf den Weg gebrachten Justizreform kritisiert hatten. Sie sieht vor, dass Bundesrichter sowie die Richter u.a. des Obersten Gerichtshofes künftig direkt von der Bevölkerung gewählt werden sollen. Dieses Vorhaben hat zu einer Abwertung der Währung sowie des Landes durch Ratingunternehmen geführt. Die USA und Kanada kritisierten das Vorhaben als eine Gefährdung der Gewaltenteilung und der Rechtssicherheit. Präsident AMLO

hat auf die Kritik harsch reagiert und eine Pause der Beziehungen zum US-amerikanischen Botschafter verfügt. Vergleichbare Kritik erfolgte bereits angesichts der mexikanischen Energiepolitik, die zu einer Einschränkung der Investitionen in erneuerbare Energien geführt hatte. Dieser inzwischen offizielle Streitfall im Rahmen des Handelsabkommens, wird ohne politische Veränderungen auf der mexikanischen Seite zur Anrufung eines internationalen Schiedsgerichts führen. Eine wahrscheinlich negative Entscheidung könnte für Mexiko Milliarden an Schadensersatzforderungen bedeuten.

Mexiko und die USA sind Nachbarn, aber keine Alliierten oder gleichberechtigte Partner. Trotzdem steht eine Abkehr Mexikos von den USA, etwa über eine Mitgliedschaft in den BRICS oder eine reale politische Konfrontation bei Streitthemen, wie auch eine Umorientierung des Handels auf andere Regionen, angesichts der engen wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen beiden Ländern nicht zur Debatte. Unter dieser Schwelle existieren jedoch Möglichkeiten der Stärkung der Beziehungen zwischen Mexiko, der Europäischen Union und Deutschland und wären im gegenseitigen Interesse. Dies betrifft die Wirtschaftsbeziehungen, aber vor allem die Suche nach internationalen Partnerschaften zum Erhalt des multilateralen Systems. Politisch wurde dies von keiner der Seiten gefördert. In den letzten sechs Jahren hat zudem die mexikanische Außenpolitik keinen wirklichen Dialog gesucht. Die Gründe hierfür waren innenpolitischer Natur. Unter der neuen Präsidentin Mexikos könnte es hier zu Veränderungen kommen. Und unter einer US-amerikanischen Präsidentin Harris wären die Rahmenbedingungen eindeutig vorteilhafter.

Der Blick aus Südafrika

Voneinander genervt, aufeinander angewiesen – Südafrika schaut unabhängig vom Wahlausgang pragmatisch auf die grundsätzlich engen, jedoch zuletzt spannungsgeladenen Beziehungen zu den USA.

Für Südafrika sind die USA zweitwichtigster Handelspartner nach China. Südafrikas Hauptsorge ist es entsprechend aktuell, den privilegierten Marktzugang zu den USA über den African Growth and Opportunity Act (AGOA) nicht zu verlieren. Drei Viertel der südafrikanischen landwirtschaftlichen Exporte in die USA (v.a. Zitrusfrüchte, Nüsse und Wein) sowie knapp zwei Drittel der Industrie-Exporte (v.a. Fahrzeuge) profitieren von der Zollfreiheit unter dem AGOA-Regime, welches jedoch nach aktuellem Stand im September 2025 ausläuft. Eine der ersten Reisen der nach den Wahlen im Mai gebildeten Koalitionsregierung war daher die des neuen Handelsministers Parks Tau im Juli 2024 zum AGOA-Gipfel in Washington. Dort wurde eine Ausweitung und Verlängerung (um 16 Jahre, bis 2041) von AGOA angekündigt. Die entsprechende Gesetzesinitiative hat in den USA zwar derzeit die Unterstützung von sowohl Demokraten als auch Republikanern. Südafrika drängt auf die nötigen Unterschriften bis Jahresende. Unabhängig davon könnte Trump die Verlängerung jedoch im Falle eines Wahlsiegs im Rahmen seiner „America First“-Agenda kassieren.

Kritik am außenpolitischen Kurs Südafrikas

Wenn es bei einer AGOA-Verlängerung bleibt, so droht Trump das umzusetzen, was im vergangenen Jahr auch schon einzelne Demokraten gefordert hatten: Südafrika von AGOA auszuschließen. Zum einen, weil Südafrika nicht zu den „least developed countries“ zählt, für die AGOA ursprünglich gedacht war. Vor allem aber aufgrund der politischen Differenzen um insbesondere die Kriege in der Ukraine und Gaza. Der Anfang 2024 von Republikanern eingebrachte und von einigen Demokraten unterstützte U.S.-South Africa Bilateral Relations Review Act fordert eine Überprüfung, ob Südafrika die außen- und sicherheitspolitischen Interessen der USA unterminiert und entsprechend sanktioniert werden sollte. Auch wenn dieser Gesetzentwurf in dieser Legislatur wohl nicht verabschiedet, wird bzw. von Biden nicht unterzeichnet würde, so ist das politische Signal doch klar: parteiübergreifend herrscht Verärgerung über Pretorias außenpolitischen Kurs.

In Washington stieß auf, dass der regierende African National Congress (ANC) der USA (und der NATO) die Schuld am russischen Angriff auf die Ukraine zuschob, dass die südafrikanische Regierung weiter demonstrativ gute Beziehungen zu Russland pflegte sowie am Jahrestag der Invasion gar eine gemeinsame Marine-Übung durchführte. Ihren Tiefpunkt erreichten die Beziehungen im Mai 2023, als der US-Botschafter in Pretoria öffentlich die südafrikanische Regierung beschuldigte, Waffen an Russland geliefert zu haben, ohne dafür Belege zu liefern. In Südafrika wurde dies gelesen als weiteres Beispiel für „US-imperialistisches bullying“. Die Empörung in den USA wiederum befeuerte, dass Südafrikas Regierung nach dem 7. Oktober Kontakt mit der Hamas pflegte und Israel vor dem Internationalen Gerichtshof des Völkermords anklagte.

Pragmatischere Töne aus Pretoria

Seitdem ist Südafrikas Regierung darauf bedacht, im Interesse AGOAs die Wogen zu glätten. Am außenpolitischen Kurs wird sich jedoch nichts grundsätzlich ändern – auch wenn nun u.a. die sehr pro-amerikanische Democratic Alliance mitregiert. Die Prinzipien der Außenpolitik sind in Südafrika schließlich weiter unumstritten: Verankerung im Globalen Süden, Menschenrechte, regelbasierte Ordnung, friedliche Konfliktlösung und Blockfreiheit. Für den ANC, der die neue

Koalition anführt und u.a. auch die relevanten Handels-, Außen- und Verteidigungsministerien hält, ist die Süd-Süd-Zusammenarbeit und speziell auch die historische Solidarität u.a. mit Kuba, Venezuela und Palästina weiter ebenso identitätsstiftend wie die Kritik am US-Imperialismus, an westlichen Doppelstandards und an einer vom Norden dominierten globalen Ordnung. Im Aufbau einer gerechteren regelbasierten Ordnung werden die USA entsprechend nicht als die ersten Verbündeten wahrgenommen - unabhängig davon, wer dort regiert. Der Fokus auf den globalen Süden und die BRICS wird jedoch auch nicht als exklusiv gesehen. Pretoria bemüht sich zugleich um Nord-Süd-Partnerschaften und generell gute Beziehungen zum Westen; u.a. als strategischer Partner der EU, als G7-Gast und G20-Mitglied. Gut möglich, dass der neuen Koalitionsregierung dieser Balanceakt zwischen Nord und Süd künftig besser gelingt als der vorigen.

Die Koalitionspartner werden den ANC schließlich zu einer widerspruchslöseren Anwendung der o.g. außenpolitischen Prinzipien drängen; die Doppelstandards Südafrikas in der ursprünglichen Bewertung des russischen Angriffs auf die Ukraine werden beispielsweise in Südafrika offen problematisiert. Der neue Außenminister Ronald Lamola, der zuvor bereits als Justizminister die IGH-Klagen gegen Israel vorbereitet hatte, machte zudem bereits deutlich, dass er auf pragmatische, enge und interessenorientierte Zusammenarbeit mit den USA baut – unabhängig vom Wahlausgang dort.

Aus Südafrikas Sicht würde unter Trump lediglich deutlich schwieriger, was bereits unter Biden schon nicht einfach war und auch unter Harris zwar wohl atmosphärisch angenehmer, aber spannungsgeladen bliebe. Pretorias selbstbewusstes Kalkül: die USA werden so oder so auch weiterhin nicht völlig vorbeikommen an Südafrika als Lieferanten strategischer Rohstoffe (v.a. Platin), als mit Abstand wichtigsten US-Exportmarkt in Afrika südlich der Sahara, als wirtschaftlichem Tor zur Region (mehr als 600 US-Unternehmen sind in Südafrika aktiv), als strategischem Partner in den Nord-Süd-Beziehungen, als regionalen Anker für Frieden und Sicherheit in Afrika sowie als relevanten Akteur auf globaler Bühne – u.a. als G20-Präsident 2025.

Partnerschaft mit Südafrika stärken

Für Deutschland und die EU wäre im Falle eines Wahlsieges Trump noch naheliegender, was ohnehin schon jetzt geboten ist: die Partnerschaft mit Südafrika zu stärken. Zum einen die bilaterale Kooperation. Südafrikas noch junge Demokratie ist sehr unter Druck angesichts der extremen Ungleichheit, hohen Arbeitslosigkeit und sozialen Exklusion insbesondere junger Menschen sowie einer vom Westen ermutigten Austeritätspolitik, die staatliche Handlungsfähigkeit weiter unterminiert.

Ein Entzug der AGOA-Privilegien würde Südafrika hart treffen. Eine radikal nachfrage- und damit stärker entwicklungsorientierte Zusammenarbeit zwischen der EU und Südafrika wäre gerade in diesem Szenario ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der Demokratie. Zum anderen aber bietet sich Südafrika für Deutschland und die EU weiter als strategischer Partner auf globaler Bühne an. Europa und Südafrika teilen das Interesse, die Demokratie gegen Autokraten zu verteidigen, eine menschenrechts- und regelbasierte Ordnung aufzubauen und eine neuen globale Blockkonfrontation (USA-China) zu verhindern. Entsprechend sollten Deutschland und die EU weiter konkrete gemeinsame Projekte mit Südafrika zur Reform der multilateralen Institutionen suchen und vorantreiben, wie dies bereits mit der globalen Mindeststeuer für Unternehmen oder der Einbeziehung der Afrikanischen Union in den G20 gelang.

Im April 2024 unterstützte Svenja Schulze gemeinsam mit dem südafrikanischen Finanzminister Edon Godongwana die brasilianische Initiative einer globalen Milliardensteuer.

Die Kampagne für permanente Sitze Afrikas im UN-Sicherheitsrat verdient ebenfalls Unterstützung. In der G20-Präsidentschaft 2025 wird Südafrika den brasilianischen Fokus auf Entwicklungsfragen weiterführen. Insbesondere in der Reform der globalen Finanzarchitektur und der Entschuldung von Entwicklungsländern bietet sich dabei vertiefte Zusammenarbeit mit Südafrika an; auf Regierungsebene, aber u.a. angesichts der deutschen Koalitionswänge parallel auch weiter auf Partei-Ebene zwischen ANC und SPD.

Table Briefings